

vom Ratsbüro genehmigt  
am: 26. Juni 2001

## **PROTOKOLL**

-----  
der 9. Sitzung  
vom Dienstag, 19. Juni 2001  
17.00 - 19.40 Uhr  
Grossratssaal der Rathauslaube

-----  
Vorsitz: Peter Neukomm (SP) Präsident 2001

Protokoll: René Gisler (Nichtmitglied)

Stimmzähler: Herbert Distel (CVP) und Wilhelm Hefti (SP)

Anwesend: von total 50 Mitgliedern:  
Ratspräsident und 48 Mitglieder  
5 Stadträte

Entschuldigt für die ganze Sitzung: Theres Brambrink (FDP)

für den Anfang der Sitzung: Josef Eugster (SVP)  
Urs Tanner (SP)

für den Schluss der Sitzung : Peter Happle (SVP)  
Hanspeter Meier (SVP)  
Mariann Keller (SP)  
Lotti Winzeler (OeBS)

- Traktanden:**
- 1. VdSR - Vergabe der Liegenschaft "Kornhaus",  
GB Nr. 569, im Baurecht an die "Schaffhauser  
Wirtschaftsgruppe pro Kornhaus" Seite 263**
  - 2. VdSR - Vereinbarung mit dem Kanton SH über die  
Schaffung gemeinsamer Informatik-Strategieorgane Seite 267**
  - 3. Jahresrechnung 2000 der Einwohnergemeinde SH  
einschl. Jahresberichte 2000 der Pilotabteilungen WOV/  
Jahresbericht des SR z.K. Seite 273**

**PENDENTE GESCHÄFTE****EINGANG TITEL DES GESCHÄFTES**

8.11.00	VdSR - Verselbständigung der Städt. Werke SH u. Neuhausen	SPK
14.11.00	VdSR - Reorganisation des Museums zu Allerheiligen und Integration des Kulturdienstes	SPK
12.03.01	INTERPELLATION von Christian Hablützel (SP) Bevölkerungsrückgang in der Stadt Schaffhausen	
27.03.01	INTERPELLATION von Thomas Hauser (FDP) Ausgaben bei der Sozialhilfe	
3.04.01	INTERPELLATION von Bea Hauser (SP) Gefährdete Poststellen in Schaffhausen?	
9.04.01	INTERPELLATION Christian Meister (SVP) "Wohnortsmarketing Stadt Schaffhausen"	
2.05.01	VdSR - Kooperationsprojekt Forsthaus 2000: Definitive Weiterführung als zweite Gruppe in der städt. Kinderkrippe Forsthaus ab Januar 2002	SPK
8.05.01	INTERPELLATION Andres Bächtold (SP) "Verlotterte Gebäude sind auch Schulden"	
8.05.01	Vorlage des SR Richtplan Parkierung	SPK
15.05.01	MOTION Urs Tanner (SP) Finanzielle Anreize für mehr Krippen- und Hortplätze	
15.05.01	INTERPELLATION Iren Eichenberger (OeBS) "Jugendleitbild/Leistungsauftrag VSFZ"	
15.05.01	VdSR Neuauflage des Stellenplans per 1. Jan. 2001	GPK
4.06.01	Motion Rolf Amstad (SP) - Jugendarbeit in der Stadt Schaffhausen	
12.06.01	Motion Christian Hablützel (SP) - Keine Endlagerung von hochradioaktiven Abfällen in Benken!	
19.06.01	VdSR - Abgabe einer Teilfläche von ca. 1'300 m2 der städt. Parz. GB Nr. 8564 "Merishausertal", im Baurecht an die Firma Werner Scheidegger, Siebdruck + Werbung, 8245 Feuerthalen	GPK

**Kleine Anfragen von**

Raphaël Rohner (FDP)	Heizzeiten in den städtischen Schulhäusern	26.03.01	4/2001
Peter Wullschleger (CVP)	Bisherige Planungsprojekte rund um den Bahnhof	06.04.01	6/2001
Verena Stutz (SP)	Schulwegsicherung Kindergarten	03.05.01	7/2001
Susanne Günter (FDP)	Gestaltung der Oberfläche des Herrenackers	05.06.01	8/2001

**BESCHLÜSSE UND ERLEDIGTE GESCHÄFTE**

**Traktandum 1 VdSR - Vergabe der Liegenschaft "Kornhaus",  
GB Nr. 569, im Baurecht an die "Schaffhauser  
Wirtschaftsgruppe pro Kornhaus"**

Der Grosse Stadtrat stimmt der Vorlage vom 8. Mai 2001 zu und heisst den Antrag des SR mit **46 : 0 Stimmen bei 2 Ratsmitgliedern im Ausstand** wie folgt gut:

Der Grosse Stadtrat stimmt der Abgabe der Liegenschaft GB Nr. 569 "Kornhaus", Herrenacker 15, im Baurecht an die "Schaffhauser Wirtschaftsgruppe pro Kornhaus",

8200 Schaffhausen, zu den in der Vorlage des Stadtrates vom 8. Mai 2001 genannten Bedingungen zu.

Das Geschäft ist erledigt.

### **Traktandum 2 VdSR - Vereinbarung mit dem Kanton SH über die Schaffung gemeinsamer Informatik-Strategieorgane**

---

Der Grosse Stadtrat stimmt der Vorlage vom 15. Mai 2001 zu und heisst die Anträge des SR mit **48 : 0 Stimmen** wie folgt gut:

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis von der Vorlage des Stadtrates vom 15. Mai 2001 betreffend die Schaffung gemeinsamer Informatik-Strategieorgane mit dem Kanton Schaffhausen.
2. Er stimmt der Schaffung einer gemeinsamen Informatik-Konferenz und einer gemeinsamen Informatik-Strategiestelle zu.
3. Die erforderlichen Kredite für den städtischen Anteil an Besoldung und Arbeitgeberbeiträgen für die Informatik-Strategiestelle werden mit dem Budget gesprochen.

Das Geschäft ist erledigt.

### **Traktandum 3 Jahresrechnung 2000 der Einwohnergemeinde SH einschl. Jahresberichte 2000 der Pilotabteilungen WOV/ Jahresbericht des SR z.K.**

---

Der Grosse Stadtrat genehmigt mit je **44 : 0 Stimmen**

a) die Jahresberichte 2000 "Leistungsauftrag Pilotabteilungen WOV" Stadt SH

und

b) den Antrag des SR

*"Die vorliegende Jahresrechnung 2000 der Einwohnergemeinde Schaffhausen wird genehmigt und gemäss Art. 11 lit. c der Stadtverfassung dem fakultativen Referendum unterstellt."*

Das Geschäft ist erledigt.

### **BEGRÜSSUNG**

**Ratspräsident Peter Neukomm (SP)** eröffnet die Ratssitzung mit der Begrüssung der Ratskolleginnen und Ratskollegen, Frau Stadträtin, der Herren Stadträte, der VertreterInnen der Medien sowie der BesucherInnen auf der Tribüne.

Einen speziellen Willkommensgruss entbietet er dem neuen Ratsmitglied *Oskar Christian Brütsch*, welcher mit SR-Beschluss vom 12.6.01 für den Rest der Amtsdauer 2001/2004 als in den Grossen Stadtrat gewählt erklärt wurde (Nachfolger von *Andi Tenger* auf der Liste 2 der FDP). Der Ratspräsident wünscht ihm eine interessante Zeit in diesem Rat.

## MITTEILUNGEN

- **Wechsel in der SPK** "Kooperationsprojekt Forsthaus 2000: Definitive Weiterführung als zweite Gruppe in der städt. Kinderkrippe Forsthaus ab Januar 2002".

Anstelle von Urs Tanner (SP) nimmt Rolf Amstad (SP) Einsitz in dieser SPK.

- **Plausch-Fussball-Turnier im Rahmen des Flüchtlings-Sonntages am vergangenen Wochenende auf dem Fussballplatz der Spielvi.**

Der Ratspräsident dankt der Auswahl des GrSR, welche sich an diesem Turnier beteiligt hat, für ihr Mitwirken und ihren Einsatz; ebenso den Fans, welche die Mannschaft unterstützt haben. Es wurden 4 Tore erzielt, die Anzahl Gegentore wurde nicht bekannt gegeben... .

### **Neu eingegangene Geschäfte:**

- **15. Mai 2001 - VdSR Neuauflage des Stellenplans per 1. Jan. 2001**

Diese Vorlage wurde dem Rat am 5. Juni 01 ausgehändigt.

Das Büro schlägt dem Rat aufgrund der Beratungen in den Fraktionen vor, dieses Geschäft der GPK zur Vorberatung zuzuweisen.

Kein Gegenantrag - so beschlossen.

- **4. Juni 2001 - Motion Rolf Amstad (SP)**

#### **Jugendarbeit in der Stadt Schaffhausen**

Dieser Vorstoss wird auf die Traktandenliste der nächsten Sitzung gesetzt.

- **12. Juni 2001 - Motion Christian Hablützel (SP) - Keine Endlagerung von hochradioaktiven Abfällen in Benken!**

Dieser Vorstoss wird auf die Traktandenliste der nächsten Sitzung gesetzt.

- **19. Juni 2001 - VdSR - Abgabe einer Teilfläche von ca. 1'300 m<sup>2</sup> der städt. Parz. GB Nr. 8564 "Merishausertal", im Baurecht an die Firma W.Scheidegger, Siebdruck + Werbung, 8245 F'thalen**

Das Büro schlägt dem Rat vor, dieses Geschäft usanzgemäss der GPK zur Vorberatung zuzuweisen. Kein Gegenantrag - so beschlossen.

**Beantwortet wurde vom Stadtrat mit Datum vom 12. Juni 2001 die Kleine Anfrage von Urs Tanner (SP) Midnight Basketball vom 29.03.01 Lauf-Nr. 5/2001**

## PROTOKOLL

Das Ratsprotokoll Nr. 8 vom 5. Juni 2001 wurde vom Ratsbüro geprüft und genehmigt. Es liegt beim Ratssekretär auf und kann dort heute eingesehen werden. Anmerkungen hierzu werden keine angebracht.

**TAGESORDNUNG**

Die Traktandenliste zur heutigen Sitzung wurde rechtzeitig zugestellt.  
Die Tagesordnung wird im übrigen gutgeheissen.

**Traktandum 1 VdSR - Vergabe der Liegenschaft "Kornhaus",  
GB Nr. 569, im Baurecht an die "Schaffhauser  
Wirtschaftsgruppe pro Kornhaus"**

---

**EINTRETENSDEBATTE**

Dieses Geschäft wurde in der GPK vorberaten.

Die Ratsmitglieder Roland Schöttle (FDP) und Christian Bächtold (FDP) befinden sich bei diesem Geschäft im Ausstand.

**Thomas Hauser (FDP)** Sprecher der GPK \*

"Die Liegenschaft "Kornhaus" wurde Ende des letzten Jahres im Baurecht ausgeschrieben. 15 Dokumentationen wurden darauf hin verschickt. Daraus resultierten 4 Eingaben. Ich verzichte hier auf das Vorlesen dieser Eingaben mit den entsprechenden Nutzungsabsichten. Diese Präsentation wird uns wahrscheinlich mit Genuss der zuständige Stadtrat Kurt Schönberger liefern - insbes. die Eingabe Nr. 4.

Das Referat für Bau und Umwelt stellte nach den erfolgten Abklärungen dem Stadtrat den Antrag, das Baurecht an die "Schaffhauser Wirtschaftsgruppe pro Kornhaus" zu übertragen. Diese Gruppe, vertreten durch Architekt Felix Aries, Unternehmer Karl Klaiber und Kollege GrSR Roland Schöttle, plant im künftigen Haus der Wirtschaft am Herrenacker folgendes:

Erdgeschoss	Zugang/ Bistro/ Foyer/ polyvalenter Raum
1. Obergeschoss	Geschäftsstelle der Wirtschaftsförderung
2. Obergeschoss	Büros Wirtschaftsverbände, Seminarräume
3. Obergeschoss	Institution im Bereich "internat. Wirtschaftsbeziehungen"
Dachgeschoss	Bürohotel (temporäre Nutzungen)

Die GPK war mit diesen Nutzungsabsichten und vor allem mit dem Inhalt des Baurechtsvertrages einverstanden.

Nur die Frage nach der Rechtsform der Baurechtsnehmerin interessierte. Der Baureferent gab dazu folgende Antwort:

*"Diese Herren (aufgelistet in der Vorlage auf Seite 3) garantieren gesamthaft für die Finanzierung des Projektes. Die zur Gründung vorgesehene Aktiengesellschaft wird ihren Verwaltungsrat aus diesem Gremium rekrutieren."*

Peter Möller fand auf der erste Seite der Vorlage einen Tippfehler. In der zweituntersten Linie muss die Jahreszahl 1678 heissen.

Abschliessend stimmte die GPK mit 6 : 0 Stimmen, bei einer Abwesenheit, dem Geschäft zu. So bitte ich Sie im Namen der GPK, auf diese Vorlage einzutreten und dem Antrag des SR zuzustimmen."

**Thomas Hauser (FDP)** Fraktionserklärung FDP/CVP \*

"Die FDP/CVP-Fraktion schliesst sich diesem Wunsch an und hofft, dass - wie Andres Bächtold dies in der GPK ausgedrückt hat - das jetzige Lagerhaus am Herrenacker attraktiviert und mit Leben gefüllt wird."

**Peter Möller (GB)** Fraktionserklärung OeBS/EVP/GB

"Ich kann Ihnen die Zustimmung der OeBS/EVP/GB-Fraktion bekannt geben. Wir sind mit dieser Baurechtsvergabe - so wie sie vorliegt - einverstanden, und hoffen auf ein gelungenes Werk, welches zu einer Belebung des dannzumal autofreien Herrenackers beitragen wird. In der Detailberatung wird sich meine Ratskollegin Iren Eichenberger noch mit einer Anregung zu Wort melden."

**Andres Bächtold (SP)** Fraktionserklärung \*

"Das ist Wirtschaftsförderung. Das schwerfällige Parlament hat es geschafft, diese Vorlage innert rekordverdächtiger sechs Wochen zu beraten und - wie ich annehme - zu verabschieden.

Die Fakten haben Sie, soweit sie bekannt sind, von Thomas Hauser gehört. Die SP-Fraktion begrüsst es, dass in dieses historische Gebäude nach jahrelangem Dornröschenschlaf wieder Leben einkehren soll. Wir halten die vorgesehene Nutzung als "Haus der Wirtschaft", soweit das aus der rudimentären Konzeptstudie abgeleitet werden kann, für akzeptabel und dem Gebäude angemessen, obwohl uns eine insgesamt öffentlichere Nutzung natürlich lieber gewesen wäre. Zum Beispiel als "Haus der Kultur" oder als Gewerkschaftshaus. Das ist aber weder opportun noch finanzierbar, deshalb ist uns die Wirtschaftsförderung am Herrenacker lieber als Wunschtuben auf dem Kornhausdach. Vielleicht wäre allerdings eine Kombination denkbar; immerhin würde die Integration einiger Gewerkschaftssekretariate und damit die Vereinigung der Sozialpartner unter einem Dach für Schlagzeilen über die Region hinaus sorgen.

Die Absicht der immerhin in der Vorlage namentlich erwähnten Persönlichkeiten, erst nach Erteilung des Baurechtes eine AG zu gründen und die Finanzierung sicherzustellen, ist zwar verständlich, genügt unseren Vorstellungen aber eigentlich nicht. Ein Scheitern wie bei einem geografisch sehr nahen andern Objekt kann immerhin nicht ausgeschlossen werden. Aussagen betreffend Wirtschaftlichkeit usw. lagen der GPK jedenfalls nicht vor.

Da sich die Stadt jedoch mangels ernsthafter Alternativprojekte nichts vergibt, werden wir der Vorlage trotzdem zustimmen. Damit verbinden wir die Hoffnung, dass die Baurechtnehmer das Projekt mindestens in dem Tempo, welches wir jetzt vorgegeben haben, weiter vorantreiben werden, und dass zumindest im Erdgeschoss öffentlich zugängliche Nutzungen mit regem Publikumsverkehr installiert werden."

**Josef Eugster (SVP)** Fraktionserklärung SVP/EDU

"Ich kann Ihnen mitteilen, dass die SVP/EDU-Fraktion auf die Vorlage eintreten und ihr zustimmen wird. Eine Bemerkung möchte ich noch machen. Ich hoffe, dass die "Schaffhauser Wirtschaftsgruppe pro Kornhaus" bald eine Gesellschaftsform haben wird, bei der wir wissen, mit wem wir es zu tun haben."

**Iren Eichenberger, 1. Vizepräsidentin**      Votum

"Im Zusammenhang mit dieser Vorlage, die wir - wie Peter Möller schon sagte - voll unterstützen, habe ich in der Fraktion ein Problem angesprochen, das Sie bestimmt alle kennen. Wer irgendwo in seiner Freizeit in einem Verein, einer Partei oder anderen Gruppen tätig ist, stellt einen zunehmenden Verlust an verfügbaren Lokalen für Vereinsaktivitäten fest. So gab es früher Restaurants wie die Randenburg, den weissen Trauben, den Schneeberg, die Kerze und andere, die ihr SÄli gegen Kaffee und Bier Organisationen und Vereinen zur Verfügung stellten. Heute sind Raumangebote fast überall nur noch gegen Bezahlung erhältlich, was wiederum die genannten Gruppen überfordert.

Ich meine nun, der SR könnte kostenlose Raum-Angebote fördern, in dem er sie beispielsweise bei der Vergabe von Baurechten oder auch in stadteigenen Gebäuden einbezieht. Meine Fraktion hat mich belehrt, das vorliegende Objekt "Kornhaus" wäre für eine solche Auflage schlecht geeignet, grundsätzlich aber sei die Idee nicht dumm. Ich meine, es müsse gar nicht immer alles erzwängt sein. Vielmehr könnte die "Schaffhauser Wirtschaftsgruppe pro Kornhaus" auch aus eigenem Willen eine sehr willkommene Geste zur Förderung der Freiwilligenarbeit tun. In St. Gallen z.B. stellt die Helvetia-Versicherung in ihrem riesigen Gebäude seit Jahren Sitzungsräume für Organisationen zur Verfügung - gratis nota bene.

Das Haus der Wirtschaft soll ja nach der Idee der Initianten ein Kontakt- und Begegnungszentrum werden. Wenn nun beispielsweise der VCS dort regelmässig ein- und ausginge, könnte man so ganz nebenbei zwischen Tür und Angel mit Herrn Holenstein über den Galgenbuck und den Regionalverkehr reden und würde sich damit vielleicht manchen Umweg und manchen runden Tisch ersparen.

Falls Ihnen diese Idee gefällt, kopieren Sie sie ungeniert. Ich werde bestimmt niemandem verraten, dass sie nicht von Ihnen stammt."

**Stadtrat Kurt Schönberger**      Stellungnahme des Stadtrates

"Wir haben es in der Tat mit einem sehr erfreulichen Geschäft zu tun. Ich möchte dem Rat das Kompliment machen, dass er das von der Verwaltung angeschlagene Tempo aufgenommen hat, und wir dieses Geschäft in Rekordzeit heute behandeln dürfen.

Der Stadtrat ist erfreut darüber und guten Mutes, dass er mit den vorgesehenen Baurechtnehmern einen kompetenten und gleichzeitig potenten Partner erhalten wird. Sie finden in der Vorlage die Namen jener Persönlichkeiten aufgelistet, welche diese "Wirtschaftsgruppe pro Kornhaus" vertreten. Ich nehme hier Bezug auf eine Bemerkung von GrSR Josef Eugster. Die Aktiengesellschaft wird - nachdem der GrSR der Vergabe des Baurechtes zugestimmt hat - aus dem Kreis der in der Vorlage erwähnten Personen gegründet. Diese Gruppe wollte zuerst den Entscheid des GrSR abwarten.

Der Stadtrat ist erfreut darüber, dass die Wirtschaftsförderungsstelle Schaffhausen als ihr neues Domizil wählen wird. Wenn gleichzeitig die Sekretariate des Gewerbeverbandes und der IVS auf dem Herrenacker ihr Domizil neu errichten werden, passt alles dazu und macht daraus eine runde Sache.

Bezüglich der übrigen Baurechts-Interessenten und deren Nutzungsabsichten wollte ich eigentlich nichts sagen, weil ich darüber die GPK orientiert habe. Ich sage nun zur Erheiterung, weil ich dazu aufgefordert worden bin, dass unter den 4 konkreten Bewerbungen auch eine Eingabe mit dem Namen "Äffischer Kulturverein Schaffhausen" figurierte. Dieser umschrieb die Nutzungsabsicht in einem Brief, woraus hervorgeht, dass im "Kornhaus" eine menschenfreie Zone geschaffen werden soll. Wir haben diese Eingabe selbstverständlich entgegen genommen und beantwortet. Aus naheliegenden Gründen konnten wir den Zuschlag diesem Verein nicht geben.

Wir sind froh, dass wir nach verschiedenen vergeblichen Anläufen eine gute Lösung für das "Kornhaus" gefunden haben.

Frau Eichenberger hat bemängelt, dass Versammlungssäle und Sitzungszimmer in dieser Stadt Mangelware sind. Dies kann jedermann bestätigen. Findet man einen solchen Raum, so ist in der Regel eine Miete zu entrichten. Im Gegensatz zu früher findet man heute nur noch wenige Lokale, die gratis zu erhalten sind. Ich kann Sie darüber informieren, dass beim Baureferat ein sog. Hütten-Verzeichnis vorliegt, wo auch solche Sitzungssäle und Sitzungszimmer aufgelistet sind. Die Idee von Frau Eichenberger bezüglich des Einbezuges von Raumangeboten bei der Vergabe von Baurechten haben wir bei der "Ochsenschür" umgesetzt, wo wir aushandeln konnten, dass die Stadt diese Räumlichkeiten für diverse Anlässe kostenlos benützen kann. Wir nehmen die Idee selbstverständlich gerne auf. Ob wir diesbezüglich beim Projekt "Kornhaus" etwas machen können, wird sich zeigen. Wir werden das Gespräch mit dem Baurechtnehmer noch führen.

Zum Schluss danke ich Ihnen nochmals und empfehle Ihnen, auf das Geschäft einzutreten und dem Antrag des Stadtrates zuzustimmen."

Der **Ratspräsident** stellt fest, dass Eintreten auf die Vorlage unbestritten ist.

**EINTRETEN ist somit beschlossen.**

### **DETAILBERATUNG**

**Iren Eichenberger, 1. Vizepräsidentin** verliest die Seitenzahlen 1 - 6 der Vorlage.

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

### **ANTRAG**

**Iren Eichenberger, 1. Vizepräsidentin** verliest den Antrag auf Seite 7 der Vorlage.

Der Grosse Stadtrat stimmt der Abgabe der Liegenschaft GB Nr. 569 "Kornhaus", Herrenacker 15, im Baurecht an die "Schaffhauser Wirtschaftsgruppe pro Kornhaus", 8200 Schaffhausen, zu den in der Vorlage des Stadtrates vom 8. Mai 2001 genannten Bedingungen zu.

Kein Gegenantrag - so beschlossen.

## SCHLUSSABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat stimmt der Vorlage vom 8. Mai 2001 zu und heisst den Antrag des SR mit **46 : 0 Stimmen bei 2 Ratsmitgliedern im Ausstand** gut.

Das Geschäft ist erledigt.

## Traktandum 2 VdSR - Vereinbarung mit dem Kanton SH über die Schaffung gemeinsamer Informatik-Strategieorgane

---

### EINTRETENSDEBATTE

Das Geschäft wurde in der GPK vorberaten.

**Peter Möller (GB)** Sprecher der GPK \*

"Einige der Mitglieder dieses Rates werden hier nun eine Wiederholung des Vortages (Behandlung des Geschäftes im Grossen Rat) erleben, doch liegt dies nun einmal in der Natur der Sache. Den ehrgeizigen Zeitplan des Ratspräsidenten im Hinterkopf werde ich versuchen, mich kurz zu fassen. EDV-Belange resp. -Ausgaben und auch die Datenverarbeitungsstelle von Kanton und Stadt (KSD) waren ja immer wieder, sowohl bei Rechnungs- wie auch bei Budgetdebatten ein Thema. Daher war es naheliegend, die Situation und Zukunft der KSD einmal grundsätzlich zu überdenken und allfällige Verbesserungsvorschläge auszuarbeiten. Dies haben nun die Betriebskommission der KSD, der Regierungsrat sowie der Stadtrat unter Beizug eines externen Beraters getan und das Resultat dieser Überlegungen ist die Ihnen präsentierte Vorlage. Angesichts der gut begründeten und ausführlichen Vorlage möchte ich auf eine Wiederholung der dort wiedergegebenen Ausführungen verzichten und nur einige Schwerpunkte erwähnen.

Die Informatik-Strategiestelle: Dabei handelt es sich um eine neue Stelle, welche mit einem/einer Wirtschafts-InformatikerIn besetzt werden soll. Die Stelle wird direkt von den beiden Exekutiven beauftragt und hat als Hauptaufgabe die Definition der Informatikstrategie von Kanton und Stadt, und ist danach mit deren laufenden Weiterentwicklung beauftragt. Organisatorisch ist diese Stelle unabhängig von KSD.

Die Informatik-Konferenz: Sie soll als Bindeglied zwischen den Informatik-Anwenderinnen und Anwendern, der Informatik-Strategiestelle und der KSD und allenfalls weiteren operativen Leistungserbringern fungieren. Weitere Aufgaben der Konferenz sind unter anderem die Mitwirkung bei der Bedarfsermittlung und bei der Festlegung von Informatik-Standards in der Verwaltung. Sie setzt sich zusammen aus dem Leiter oder der Leiterin der Informatik-Strategiestelle, Vertreterinnen oder Vertretern der Staats- und Stadtkanzlei sowie der kantonalen Departemente und städtischen Referate. Sodann gehören ihr zwei Personen aus der KSD an und eine Vertreterin oder ein Vertreter von weiteren angeschlossenen Gemeinden. Stadt und Kanton Schaffhausen arbeiten im Informatik-Bereich seit langem zusammen. Nunmehr soll bei der von diesen beiden Partnern gemeinsam betriebenen KSD der Informatik-Strategie-Bereich ausgegliedert werden. Dabei liegt es nahe, wiederum eine gemeinsame Stelle mit diesen Aufgaben zu betrauen, und die Stelle wie auch diejenigen der KSD beim Kanton in den Stellenplan aufzunehmen.

Aus Praktikabilitätsgründen sollen die Kosten nach dem für die KSD geltenden Schlüssel, 55% Kanton, 45% Stadt aufgeteilt werden, was angesichts der eigentlich geringen Kosten von Fr. 58'000.-- pro Jahr für die Stadt sinnvoll erscheint. Jede andere Lösung würde wohl zu einem unverhältnismässigen Mehraufwand führen.

Abschliessend möchte ich noch kurz zusammenfassen. Es geht einmal um eine Trennung zwischen strategischer Planung und operativer Tätigkeit. Hierfür braucht es eine von der KSD unabhängige Stelle, damit sich die KSD auf ihre operativen Aufgaben konzentrieren kann. Zudem steht den Exekutiven und den Verwaltungsabteilungen damit eine kompetente Anlaufstelle ausserhalb der KSD zur Verfügung. Angesichts der Herausforderungen, welche sich heute und in Zukunft im Bereich der Datenverarbeitung stellen, ich erwähne nur den Guichet virtuel und überhaupt die rasante Entwicklung im EDV-Bereich, erscheint dies kein Luxus. Die Frage, ob eine externe Vergebung der Aufgaben der Informatikstrategiestelle eine gangbare Alternative gewesen wäre, wurde natürlich auch gestellt. Sie konnte von der zuständige Stadträtin beantwortet werden. Einerseits würde eine solche Lösung mit Sicherheit mehr Kosten auslösen, ausserdem würden diesem externen Berater in der Regel die notwendigen Kenntnisse der besonderen Gegebenheiten in der Verwaltung für eine rasche und kompetente Beratung fehlen.

Die GPK hat der Vorlage mit 6 : 0 Stimmen bei einer Abwesenheit zugestimmt.

In der Detailberatung werde ich noch auf einige Änderungen hinweisen, die sich aus den Beratungen der kantonalen Vorlage in der GPK ergeben haben. Es betrifft dies die Seiten 8 und 9 der Vorlage.

Wie Sie aus den Medien erfahren konnten, hat der Grosse Rat der "Gegenvorlage" gestern mit 64 : 0 Stimmen zugestimmt."

**Peter Möller (GB)** Fraktionserklärung OeBS/EVP/GB \*  
"Unsere Fraktion wird auf die Vorlage eintreten und ihr zustimmen."

**Andres Bächtold (SP)** Fraktionserklärung \*  
"Die KSD bzw. die durch die Informatikdienstleistungen verursachten Kosten, gaben in der GPK schon seit Jahren viel zu reden. Das deshalb, weil sie einerseits mit konstanter Bosheit in sämtlichen Abteilungen Jahr für Jahr steigen, andererseits aber kaum strategische Absichten erkennbar waren. Diese stetig steigenden Kosten waren sozusagen "von Gott gegeben", ein Hinterfragen zwar möglich aber unnützlich, da entsprechende Fragen bei Rechnung oder Budget jeweils die stereotype Antwort auslösten, diese Zahlen seien von der KSD geliefert worden. Die KSD konnte mangels kompetenter Kontrollorgane sowohl im strategischen wie auch im operativen Bereich schalten, wie ihre Computer es wollten.

Wir begrüssen es daher, dass die Exekutiven von Kanton und Stadt dieses Problem erkannt und wirksame Schritte zur Korrektur eingeleitet haben. Die in der Vorlage vorgeschlagene Trennung von strategischer und operativer Ebene ist nötig und sinnvoll. Die strategische Planung ist an sich Sache der Exekutive und kann weder ausgelagert noch durch die mit der operativen Umsetzung der Informatikdienstleistungen befasste Verwaltungsabteilung transparent wahr genommen werden. Dass sich die Exekutiven mangels eigener Sachkompetenz durch eine von der KSD auch räumlich getrennte fach- und sachkundige

Strategiestelle beraten lässt, findet deshalb unsere Zustimmung ebenso wie die Schaffung der Informatik-Konferenz, welche insbesondere die allgemeinen Standards definieren und koordinieren, sowie den Erfahrungsaustausch unter den Anwendern unterstützen soll. Die mit der umfassenden Darstellung sämtlicher Fakten dokumentierte Absicht, die Strategiestelle langfristig einzurichten und zu sichern, ist angesichts der Bedeutung dieser Stelle sicher angezeigt.

Dass Kanton und Stadt mit dieser gemeinsamen Vorlage die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Informatik weiterzuführen bzw. zu stärken gedenken, werten wir ebenfalls als positiv, die SP-Fraktion wird den Anträgen des Stadtrates zustimmen."

**Alfred Zollinger (SVP)** Fraktionserklärung SVP/EDU und FDP/CVP

"Die beiden Fraktionen SVP/EDU und FDP/CVP werden auf die Vorlage eintreten und ihr zustimmen. Dieses Vorgehen kann nur befürwortet werden. Die Koordination und Strategie auf dem Gebiet der EDV ist enorm wichtig. Schliesslich muss hinsichtlich der EDV-Wünsche und Begehren zwischen "must" und "nice to have" unterschieden werden. Wir alle wissen, dass man mittels Koordination - EDV kostet Geld - Einsparungen erzielen kann."

**Bernhard Egli (OeBS)** Votum \*

"Wir haben das Geschäft in unserer Fraktion heftig diskutiert - vor allem ich... . Inzwischen bin ich nicht mehr so negativ eingestellt, zumal auch der Grosse Rat gestern als Erstrat dem Geschäft zugestimmt hat.

Erlauben Sie mir aber trotzdem noch zwei kritische Fragen bzw. Anmerkungen.

- Eigentlich schien mir die Schaffung einer Informatik-Strategiestelle ideal, um in Mandatsform extern vergeben zu werden - grössere Flexibilität -, wie z.B. die Wirtschaftsförderung. Hierzu finde ich in der Vorlage keine Abwägung.
- Die gemeinsame Erfüllung gewisser Aufgaben bzw. Führung gewisser Stellen wie hier oder z.B. die Finanzkontrolle, ist zu begrüßen. Wie sieht es dann aber aus - auch längerfristig -, wenn die Stadt jeweils 45% der Kosten trägt, der Kanton 55% und die anderen Gemeinden gratis davon profitieren? Wir sind doch schliesslich auch ein Teil des Kantons; ob die bessere Hälfte, bleibe dahin gestellt."

**Edgar Mittler (FDP)** Votum \*

"Ich spreche als Mitglied des KSD-Betriebsausschusses und möchte Sie einladen, den Anträgen des Stadtrates betr. die Schaffung gemeinsamer Informatik-Strategieorgane zuzustimmen.

Die KSD (Kanton und Stadt Schaffhausen Datenverarbeitung) erbringt vielfältige Dienstleistungen für städtische und kantonale Verwaltungsstellen im Kanton Schaffhausen. Der Betrieb von Windows NT und AS/400-Plattformen, eines Netzwerkes mit ca. 300 Clients und der Unterhalt von Internet und Intranet-Applikationen gehören zu den Kernkompetenzen der KSD. Im weiteren erstellt sie Spezialanwendungen auf der Basis von MS-Access. Die KSD beschäftigt ca. 22 MitarbeiterInnen. Das Betriebsbudget für das Jahr 2000 beträgt ca. Fr. 4.5 Mio, das Investitionsbudget rund Fr. 0.7 Mio.

Problemstellung:

Der Markt der Anbieter von Informatik-Anwendungen für öffentliche Verwaltungen in der Schweiz hat sich in den vergangenen vier bis fünf Jahren für einen Informatik-Dienstleister in der Grösse der KSD dramatisch verändert. So hat sich z.B. die einst auf diesem Gebiet führende und erfolgreiche NCR ganz aus dem Markt verabschiedet; IBM wird auf der Basis der ISOV-Plattform keine neuen Anwendungen mehr entwickeln, und einstmals als erfolgversprechende neue Konzepte wurden sang- und klanglos beerdigt, oder wurden durch besondere Umstände in ihrer zügigen Weiterentwicklung dramatisch behindert (wie z.B. LARIX). Die Anwendungen neu auf den Markt drängender Anbieter verfügen heute oftmals (noch) nicht über die geforderte Leistungsbreite und Qualität.

Bedingt durch diese Situation wird es für die KSD zunehmend schwieriger, in die vorhandenen Infrastrukturen passenden und ausserdem noch finanziell tragbaren Ersatz für abzulösende Informatiksysteme zu finden.

Diese Problematik hat den Betriebsausschuss der KSD veranlasst, eine neue Geschäftsstrategie, in Zusammenarbeit mit der BSG-Unternehmensberatung, St.Gallen, auszuarbeiten.

Die wichtigsten Erkenntnisse dieses Strategiepapiers lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Ausgangslage:

- Fehlende Informatikstrategie und Informatikplanung in der KSD
- Veraltetes Informatikleitbild
- Verändertes Informatikumfeld (PC, Vernetzung, Internet)
- Neue Geschäftsfelder (Internet, E-Government)
- Stark gestiegene Informatiknutzung
- Hohe Anforderungen der Kunden an Datenschutz, Datensicherheit, Verfügbarkeit und Performance
- unklare Aufgabenzuordnung, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten zwischen Auftraggeber (Kunden) und Leistungserbringer (KSD)

Im erwähnten Strategiepapier wurde festgestellt:

- die KSD arbeitet grundsätzlich gut und wirtschaftlich
- im Bereich Support fehlen die notwendigen Kapazitäten
- ein HelpDesk ist aufzubauen
- Budgetierung und Leistungsverrechnung sind zu verbessern
- Kundenpflege, Information und Kommunikation sind zu verstärken
- das Produktportfolio ist zu straffen und zu vereinheitlichen
- neue Produkte sind anzubieten
- die Preise im Bereich Büroautomation und Netzwerk sind anzupassen.

Visionen, welche aufgrund des Strategiepapiers entwickelt wurden:

**Stufe Kanton / Stadt (Auftraggeber)**

- umfassende Informatikplanung (Projektportfolio)
- klare Strategien und Richtlinien (Informatikleitbild)

Stufe KSD (Leistungserbringer)

- schlanke und effiziente Strukturen
- freundliche und kompetente MitarbeiterInnen
- innovative und nachgefragte Produkte

Stufe Kunden

(Auftraggeber, Leistungsbezieher wie Gemeinden und Verwaltungsabteilungen)

- Kenntnis eigener Kompetenzen und Verantwortlichkeiten
- Klarheit über bezogene Leistungen und deren Preise

**Eingeleitete Massnahmen:**

- Trennung von Auftraggeber und Leistungserbringer
- KSD-extern: Schaffung von gemeinsamen Informatikorganen
- KSD-intern: Erhöhung Mitarbeiterbestand im Supportbereich
  - Verbesserung Transparenz bezüglich Leistungen und Preise
  - Verbesserung Information und Kommunikation
  - Bereinigung und Ergänzung der Produktpalette

Ich hatte die Gelegenheit, an der Kick-off Sitzung der gemeinsamen Informatik-Konferenz teilzunehmen. Anwesend waren Chefbeamte von Kanton und Stadt. Die verschiedensten Wünsche an die EDV generell und an die KSD im speziellen, haben mir gezeigt, dass zur Ausarbeitung eines verwaltungsübergreifenden Informatik-Konzeptes eine ausserhalb der KSD angesiedelte Strategiestelle dringend nötig ist.

Wie Sie sehen, die Informatik lebt, sie ist nichts Statisches, und bedarf einer dauernden Überprüfung und Anpassung der bestehenden Strukturen und Systeme.

Ich bitte Sie deshalb, dem in Frage stehenden Antrag zuzustimmen."

**SR Veronika Heller**      Stellungnahme des Stadtrates

"Ich danke den Fraktionssprechern für die freundliche Aufnahme der Vorlage und im Speziellen Edgar Mittler als Vertreter der Betriebskommission - er erspart mir jetzt eine Menge Ausführungen, welche Sie aus seinem Munde erfahren haben. Nach meiner Überzeugung - ich bin Vizepräsidentin der Betriebskommission so zu sagen von Amtes wegen - war es absolut notwendig, auf dem Gebiet der Informatik, welche dauernd wächst und sich rasant entwickelt, ordentliche Strukturen zu schaffen und zeitgemässe Führungsstrukturen zu installieren. Meine diesbezügliche Anregung ist beim zuständigen Regierungsrat auf offene Ohren gestossen. Wir haben dies letztes Jahr relativ schnell in Angriff genommen und es hat sich zu einer wirklich guten Vorlage entwickelt.

Peter Möller hat über die Vorberatung dieses Geschäftes in der GPK berichtet. Weiter konnten Sie den Medien entnehmen, dass der Grosse Rat gestern ohne Gegenstimme natürlich nicht eine Gegenvorlage, sondern eine Parallelvorlage verabschiedet hat.

Der Stadtrat hätte das, was wir an finanziellen Mitteln für dieses Jahr benötigen, in eigener Kompetenz beschliessen bzw. entscheiden können.

Wir sind aber davon ausgegangen, dass es erstens Sinn macht - wenn der Grosse Rat schon eine Vorlage wegen der zusätzlichen Stelle erhält - das städtische Parlament gleich zu behandeln und auf den gleichen Informationsstand zu bringen. Zweitens wollten wir uns versichern, dass Sie uns bei der Beratung des Voranschlages 2002 im Dezember nicht sagen: "Ja, wenn wir das gewusst hätten, wären wir nicht einverstanden gewesen." Es geht auch um die Kosten in Zukunft.

Die Frage des Outsourcing ist geprüft worden. Ich bin froh, dass sich Bernhard Egli wieder etwas beruhigt hat. Vielleicht hat meine gestrige Information auch noch etwas bewirkt. Wir haben geprüft, ob das eine Lösung wäre, und zwar nicht nur die Auslagerung der Strategie-Stelle, sondern auch, ob die KSD verselbständigt werden sollte. Wir sind bei beiden Fragen zum Schluss gekommen, dass es nichts bringt. Wenn wir uns von aussenstehenden Leuten beraten lassen - ob es nun Finanz- oder betriebswirtschaftliche Fragen sind, ob es organisatorische Fragen (z.B. WOV) sind, so können wir das, was uns die BeraterInnen vorlegen, prüfen und die Sachen entsprechend gewichten. Ich bin aber immer noch der Überzeugung, dass es im EDV-Bereich viel schwieriger ist - eben weil es so rassig geht -, den Überblick zu behalten.

Das hätte bei einer aussenstehenden Stelle, die das prüft, zur Folge gehabt, dass wir intern bei Kanton und Stadt gleichwohl wieder Leute benötigt hätten, die uns hätten sagen müssen, ob dies o.k. ist oder nicht.

Die Lösung, die Strategiestelle im Erziehungsdepartement anzusiedeln, bewirkt, dass die Distanz zur KSD gewahrt bleibt. So kann vermieden werden, dass jene Person, welche die Regierung und den Stadtrat beraten soll, von der KSD vereinnahmt wird.

Die Kostenteilung zwischen Kanton und Stadt SH ist mittels Vertrag seit 1972 geregelt. Die Gemeinden, welche Dienstleistungen der KSD in Anspruch nehmen, erhalten diese fakturiert, so dass sich die zu teilenden Restkosten reduzieren.

Ich wäre froh, wenn Sie auf die Vorlage eintreten und ihr dann auch zustimmen würden."

**Esther Bänziger (SP)** erkundigt sich, ob die vorgesehene Besoldungseinreihung (Lohnklasse 21, Stufe 16) unabhängig z.B. vom Alter des/der zukünftigen StelleninhaberIn festgelegt sei.

**Raphaël Rohner (FDP)** Votum

"Ich kann dazu Ausführungen machen, weil diese Person im ED direkt mir unterstellt sein wird. Wir haben hier eine mittlere Einstufung vorgesehen, welche vergleichbaren Stellen entspricht - RessortleiterIn II -, mit der Möglichkeit einer späteren Weiterentwicklung. Wir sind uns dessen bewusst, dass die vorgesehenen 110'000 Franken eher das untere Limit darstellen. Sie wissen aber, dass wir im Rahmen des Besoldungsdekretes an gewisse Lohnklassen gebunden sind. Ich denke, dass sich diese Person eher aus dem jüngeren Segment rekrutieren wird."

Der **Ratspräsident** stellt fest, dass Eintreten auf die Vorlage unbestritten ist.

**EINTRETEN ist somit beschlossen.**

**DETAILBERATUNG**

**Iren Eichenberger, 1. Vizepräsidentin** verliest die Seitenzahlen 1 - 9 der Vorlage.

**Peter Möller (GB)** weist hier auf einige kleine Korrekturen bei den Ausgaben hin, welche sich durch die Beratung der GPK beim Kanton ergeben haben:

Seite 8: Pos. 2203.301.0000	Besoldungen	neu Fr. 110'000.--
2203.303.0000	Soz.leistungen	neu Fr. 18'700.--

Die übrigen Positionen bleiben unverändert, so dass sich neu ein Total von Fr. 139'500.-- ergibt, wovon die Stadt neu Fr. 58'000.-- (gemäss Vorlage 58'230.-) pro Jahr zu tragen hat.

Entsprechend reduziert sich der Pro rata - Anteil 2001 für 2 Monate (Seite 9).

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht. Ebenso gibt die Vereinbarung betreffend die gemeinsamen Informatik-Strategieorgane von Kanton und Stadt Schaffhausen im Anhang zu keinen Bemerkungen Anlass.

**Iren Eichenberger, 1. Vizepräsidentin** verliest die Anträge auf Seite 9 der Vorlage.

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis von der Vorlage des Stadtrates vom 15. Mai 2001 betreffend die Schaffung gemeinsamer Informatik-Strategieorgane mit dem Kanton Schaffhausen.

Kein Gegenantrag - so beschlossen.

2. Er stimmt der Schaffung einer gemeinsamen Informatik-Konferenz und einer gemeinsamen Informatik-Strategiestelle zu.

Kein Gegenantrag - so beschlossen.

4. Die erforderlichen Kredite für den städtischen Anteil an Besoldung und Arbeitgeberbeiträgen für die Informatik-Strategiestelle werden mit dem Budget gesprochen.

Kein Gegenantrag - so beschlossen.

### **SCHLUSSABSTIMMUNG**

Der Grosse Stadtrat stimmt der Vorlage vom 15. Mai 2001 zu und heisst die Anträge des SR mit **48 : 0 Stimmen** gut.

Das Geschäft ist erledigt.

**Traktandum 3 Jahresrechnung 2000 der Einwohnergemeinde SH  
einschl. Jahresberichte 2000 der Pilotabteilungen WOV/  
Jahresbericht des SR z.K.**

---

### **EINTRETENSDEBATTE**

Dieses Geschäft wurde in der GPK vorberaten.

**Alfred Zollinger (SVP)**                      Präsident der GPK \*

"Die Rechnung 2000 der Stadt Schaffhausen schliesst erfreulicherweise viel besser als budgetiert ab. Statt dem ursprünglich vorgesehenen Ausgabenüberschuss von knapp Fr. 3 Mio resultiert jetzt "nur" noch ein Defizit von Fr. 785'403.32. Dadurch reduziert sich der Saldo des Kapitalkontos auf Fr. 389'445.90. Der bessere Abschluss gegenüber dem Budget ist im wesentlichen auf die folgenden Faktoren zurückzuführen.

Im Personalbereich wurden über Fr. 1,4 Mio weniger ausgegeben, was aber praktisch durch die Mindereinnahmen bei den Steuern (im Vergleich zum Budget) ausgeglichen worden ist. Vor allem bei den natürlichen Personen blieben die erhofften Steuereinnahmen zurück, da die Veranlagungen auf der Basis 1997/98 stattfanden. Und diese beiden Jahre müssen m.E. noch dem Ende der Rezession zugerechnet werden. Dank grossen Einsparungen bei den Sachkosten, ausserordentlichen Einnahmen infolge Buchgewinnen aus dem Verkauf städtischer Liegenschaften, Mehreinnahmen bei den Heimtaxen sowie Kostgeldern und bei Bussen und übrigen Entgelte konnte das Ergebnis merklich verbessert werden. Dies obwohl die markante Zunahme an Sozialfällen die Nettoausgaben bei den Sozialhilfekosten um ca. Fr. 1,7 Mio gegenüber dem Budget ansteigen liessen. Eine leider unschöne Situation, die uns in den nächsten Jahren noch mehrmals beschäftigen wird.

Bei allen Pilotabteilungen WOV ist sowohl der Kostendeckungsgrad der Teilkosten als auch derjenige der Gesamtkosten besser als budgetiert. Deshalb konnten für alle fünf WOV-Betriebe Anteile der Ergebnisverbesserung in das entsprechende Rückstellungskonto eingelegt werden. Diese Beträge stehen gemäss WOV-Reglement den einzelnen Pilotabteilungen für betriebliche Zwecke zur Verfügung.

Bei den Kennzahlen kann festgehalten werden, dass sich die Zinsbelastungsquote verbessert hat, was einerseits auf höhere Einnahmen bei der Vermietung der Liegenschaften und andererseits auf tiefere Zinssätze zurückzuführen ist. Der SNB und dem Umfeld sei dafür hiermit bestens gedankt. Ebenfalls positiv veränderte sich der Selbstfinanzierungsgrad. Aber dabei muss klar festgehalten werden, dass diese Verbesserung nur auf die gegenüber dem Vorjahr merklich tieferen Nettoinvestitionen zurückzuführen ist, was sich m.E. mit dem richtigen antizyklischen Verhalten absolut vereinbaren lässt. Da der Selbstfinanzierungsgrad klar unter 100 % liegt, stieg die Verschuldung weiter an. Die ungedeckte Schuld beträgt per Ende 2000 Fr. 69,1 Mio oder Fr. 2'090.52 pro Kopf der Bevölkerung, wodurch sich der Belastbarkeitsanteil gegenüber dem Vorjahr wieder verschlechtert hat, weil aus der laufenden Rechnung nicht genügend Mittel zur Deckung der Investitionen erarbeitet werden konnten.

Auch die Abschreibungen liegen mit 9,64 % oder Fr. 8,7 Mio knapp unter dem vom Gemeindegesezt vorgegebenen Satz von 10 %, was aber dank einer Uebergangsregelung noch möglich ist.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Jahresrechnung 2000 negativ abschliesst, aber doch viel positiver als budgetiert.

Trotz reduzierten Ausgaben im Personalbereich, Sparmassnahmen beim Sachaufwand sowie ausserordentlichen, d.h. zusätzlichen Erträgen konnte kein positiver Abschluss präsentiert werden, da erhöhte Ausgaben im Sozialhilfebereich und tiefere Steuereinnahmen nicht ausgeglichen werden konnten.

Und nun zur Arbeit der GPK:

Am 11. April 2001, nach Erhalt der Unterlagen sowie nach der Einführung von Frau Stadträtin Vero Heller in die Jahresrechnung 2000 der Stadt Schaffhausen inkl. der WOV-Pilotabteilungen, wurde einstimmig Eintreten auf die Rechnung 2000 beschlossen. Darauf wurden zwei 3-er-Gruppen gebildet, die entsprechenden Seiten zugeteilt, verbunden mit dem Auftrag, den Fragenkatalog bis spätestens 10. Mai 2001 zusammenzustellen. Der Sprechende war bei beiden Gruppen zusätzlich dabei. Am 16. Mai 2001 fand dann die erste Sitzung betreffend Beantwortung des sehr umfangreichen Fragenkataloges statt. Die zweite Lesung wurde am 30. Mai 2001 durchgeführt. Dazwischen fand am 28. Mai 2001 die Besprechung der Leistungsaufträge der WOV-Pilotabteilungen mit den entsprechenden Abteilungsleitern und dem Controller statt. Alle gestellten Fragen konnten durch Frau Stadträtin Vero Heller, durch die übrigen Stadträte, Frau Theiler von der Zentralverwaltung, Herr Stamm von der Finanzkontrolle, den Herren Abteilungsleitern der WOV-Pilotabteilungen und dem Controller, Herr Werner Bianchi, zur vollen Zufriedenheit der GPK-Mitglieder beantwortet werden. Darauf beschloss die GPK mit 6:0 Stimmen, bei einer Abwesenheit, dem GrSR die Gutheissung der Rechnung 2000 sowie der Leistungsaufträge der WOV-Pilotabteilungen zu empfehlen.

In der Zwischenzeit habe ich mit Datum vom 15. Juni 2001 noch den Brief der Finanzkontrolle bekommen, dessen Inhalt ich Ihnen nachfolgend zitiere:

*"Die Finanzkontrolle hat die detaillierte Revision der Jahresrechnung 2000, so wie sie dem Grossen Stadtrat vorgelegt wird, einerseits aus Kapazitätsgründen, andererseits weil im Bereich Steuern weitere Abklärungen nötig sind, noch nicht abschliessen können.*

*Allfällige Änderungen an der Rechnung durch den Grossen Stadtrat werden wir nachprüfen.*

*Die bisher vorgenommenen Kontrollen geben zu keinen gewichtigen Beanstandungen Anlass.*

*Nach Fertigstellung des Revisionsberichts und dessen Kenntnisnahme durch den Stadtrat wird Ihnen eine Kopie des Berichts zugestellt werden."*

Ich habe mit Herrn Stamm noch kurz telefoniert. Bei den Steuerrestanzen hat sich eine Differenz zwischen den Detailpositionen und dem Total ergeben, welche aus einem Übertrag auf ein neues EDV-Programm herrührt. Es handle sich um einen "Schönheitsfehler". Obschon die Überprüfung der Rechnung durch die Fiko noch nicht abgeschlossen sei, stehe einer Zustimmung durch den Rat nichts im Wege.

Deshalb beantragt Ihnen die GPK, auf die Rechnung einzutreten und ihr zuzustimmen.

Zum Schluss danke ich allen Beteiligten, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, den WOV-Abteilungsleitern, der Finanzkontrolle, der Zentralverwaltung, den Referenten und der Finanzreferentin für die geleistete Arbeit sehr herzlich. Dabei schliesse ich meine GPK-Kollegen sowie unseren Ratssekretär in meinen herzlichen Dank ein."

**Alfred Zollinger (SVP)** Fraktionserklärung SVP/EDU

"Wir werden auf die Rechnung 2000 eintreten, in der Detailberatung dürften einige Fragen gestellt werden, schliesslich aber werden wir die Rechnung genehmigen."

**Ernst Gründler (FDP)** Fraktionserklärung FDP \*

"Die FDP-Fraktion wird auf die Rechnung 2000 eintreten. Auch wenn das erzielte Ergebnis mit einem kleineren Aufwand-Ueberschuss als geplant abschliesst, muss die Rechnung 2000 gesamtheitlich in Bezug auf die steuerliche Belastung als ungenügend und unerfreulich bezeichnet werden.

Positiv zu bewerten ist der Beitrag der Werke zur Rechnung und die Ausgabendisziplin beim Sach- und Personalaufwand.

Das derzeit herrschende zu grosse Steuergefälle zwischen unserer Stadt und Vergleichsgemeinden im nahen Kanton Zürich wird immer grösser und gibt Anlass zur Sorge:

- Wir verlieren immer mehr gute und vor allem jüngere SteuerzahlerInnen, weil ein unattraktives Steuerklima herrscht (als Beispiel kann ich 2 Kadermitarbeiter meines Betriebes mit früherem Wohnsitz in Schaffhausen erwähnen, die es vorgezogen haben, in Dachsen ein eigenes Haus zu erstellen).
- Die derzeitige Steuerbelastung ist vergleichsweise zu hoch.
- Unsere Stadt zählt jedes Jahr weniger EinwohnerInnen, die Steuern bezahlen können.
- Die ungedeckte Schuld hat sich im Jahre 2000 erneut um 0.8 Mio auf 69,1 Mio Franken erhöht.
- Mitverantwortlich bezeichne ich dafür die linke Ratshälfte, die es verstanden hat, die damals vorgeschlagene Einführung der kostendeckenden Sackgebühr abzulehnen. Ziel war es damals, eine verursachergerechte Entsorgungsgebühr flächendeckend nach dem Umweltschutz-Gesetz in unserer Stadt einzuführen. Die Kehrrechnung betrug im Jahre 2000 insgesamt gegen 3.5 Mio, welche wir mit unserem Steueraufkommen erbringen müssen. Ich empfehle Ihnen die Seite 192 der laufenden Rechnung unter Konto 7200 und 7201 zur Lektüre und zum Nachdenken. **Hinweis der Redaktion: Bei den erwähnten 3,5 Mio Franken handelt es sich um die Kehrrechnergebühren 434.00, also um Einnahmen! Der Nettoaufwand für die Kehrrechner- und Sperrgutabfuhr (7201) betrug in der Rechnung 2000 ca. Fr. 917'000.--).**
- Letztes Jahr hat die beantragte, unter aktiver Mithilfe der SP vom Volk jedoch nicht gutgeheissene Streichung des Seniorenrabattes bei den VBSH eine erhöhte Zuwendung der Stadt Schaffhausen verursacht.

Zwei weitere Themen möchte ich noch erwähnen:

**Altersheime ab Seite 146**

- Der jährliche Netto-Aufwand steigt kontinuierlich. Auch das Ergebnis zu Vollkosten nach WOV im Altersheim Steig steigt in diesem Jahr mit den kürzlich vom SR bewilligten Nachtrag gegen eine halbe Million.
- In der Investitionsrechnung unter Kapitel 570, Seite 248 betragen die Netto-Ausgaben im Jahre 2000 insgesamt Fr. 3'457'324.-, was in der laufenden Rechnung ab Seite 146 nicht berücksichtigt ist.
- Notwendige Taxerhöhungen für die Altersheime hat der SR unter der Federführung von Alt-SR Werner Widmer trotz ausgewiesener negativer Prognose in der Gesamtrechnung für das laufende Jahr leider nicht beantragt.
- Unsere Fraktion wird sich in der kommenden Budgetdebatte für eine massvolle Erhöhung der Taxkosten in den Altersheimen zur Erzielung einer ausgeglichen Kostenrechnung nach WOV einsetzen.

### **Sozialaufwendungen ab Seite 166**

Konto 5840 / 5860 / 5870

- Die Sozialaufwendungen der Stadt haben im Jahre 2000 bei den Konten 5840 / 5860 und 5870 im Vergleich zu den Vorjahren massiv zugenommen. Die Anzahl BezügerInnen ist drastisch angestiegen.
  - Die Netto-Aufwendungen haben die Prognosen der Budgetierung weit übertroffen, Nachtragskredite wurden vom SR aus unerfindlichen Gründen nie gesprochen.
  - Die Budgetierung des laufenden Jahres 2001 liegt weit unter den ausgewiesenen Netto-Aufwendungen des vergangenen Jahres 2000.
  - Unsere Stadt gilt heute in weiten Kreisen als beliebtes Auffangbecken für SozialempfängerInnen jeglicher Couleur, wobei gewisse Gemeinden von dieser Wanderbewegung gewiss profitieren, allenfalls dies noch im eigenen Interesse fördern.

Bis zur Beantwortung der am 27.3.01 eingereichten Interpellation von Grossstadtrat Thomas Hauser zum Thema „Ausgaben bei der Sozialhilfe“ in diesem Rat möchte ich nachfolgende Fragen offen halten:

- Warum wirkt unsere Stadt derart attraktiv und anziehend für neue SozialempfängerInnen?
- Zahlen wir mehr und schneller als andere Gemeinden ?
- Finden überhaupt noch Kontrollen statt nach erfolgter Kostengutsprache ?
- Sind die Kostengutsprachen tatsächlich gerechtfertigt ?

Bei einer ersten nicht abschliessenden Beurteilung aus der GPK-Diskussion stelle ich persönlich fest, dass kein eigentliches Controlling bei der Sozialhilfe besteht. Die Bewirtschaftung der Finanzen erscheint mir als Schwachpunkt, den es zu überprüfen gilt."

**Peter Möller (GB)** Fraktionserklärung OeBS/EVP/GB \*

"Vom vorliegenden Rechnungsabschluss zeigt sich unsere Fraktion erfreut, aber auch enttäuscht. Nach der Ankündigung einer möglichen Steuerfussenkung nach den vorangegangenen mageren Jahren sind wir selbstverständlich davon ausgegangen, dass erstens ein merklicher Schuldenabbau vorgenommen werden konnte, und zweitens gleichwohl ein positiver Rechnungsabschluss resultierte. Da wurden wir bei der Vorlage der Rechnung dann aber eines Besseren belehrt; und damit komme ich kurz zum Erfreulichen: Die Rechnung schliesst immerhin um rund 2,2 Millionen Franken besser ab als budgetiert, weist aber immer noch einen Aufwandüberschuss von fast 800'000 Franken aus. Die Verschuldung beträgt 141 Millionen Franken und liegt damit 11 Millionen über dem Ziel des Stadtrates. Sodann weisen die meisten Kennzahlen unbefriedigende Resultate aus.

Wie der Stadtrat unter diesen Voraussetzungen eine Steuerfussenkung in Aussicht stellen konnte, ist zumindest uns schleierhaft. Wir halten dies für eine gefährliche Ankündigung, da nun eine sehr grosse Erwartungshaltung bei der Stadtbevölkerung vorhanden ist. Jedenfalls sind wir gespannt, ob aufgrund der Steuergesetzesrevision und der besseren Wirtschaftslage endlich einmal bei den Steuereingängen eine Trendwende eintritt. Wir erwarten - auch im Zusammenhang mit dieser Steuerfuss-Diskussion -, dass der Stadtrat uns in diesem Sommer - dann, wenn die ersten Steuerzahlungen erfolgt sind -, erste Resultate mitteilen kann. Zu bedenken ist, dass der Steuerfuss nur ein Aspekt der Wohnortqualität darstellt. Mir jedenfalls ist nicht bekannt, dass wir eine massenweise Abwanderung von Personen aus der Stadt nach Neuhausen haben, nur weil dort der Steuerfuss um 10 Punkte tiefer liegt.

Noch zu zwei Auffälligkeiten in der Rechnung selbst. Einmal mehr liegen die Personalausgaben deutlich unter dem Budget. Hier gilt es aber acht zu geben, dass vor lauter Sparen unser Personal nicht demotiviert wird und abwandert. Woran man auch nicht vorbeikommt, sind die Mehrausgaben bei den Sozialhilfekosten. Doch werden wir über dieses Thema dann bei der Behandlung der Interpellation von Thomas Hauser vertieft sprechen, und können uns heute diese Diskussion ersparen.

Eine Bemerkung noch zu den WOV - Leistungsberichten. Bei einzelnen Abteilungen vermissten wir erklärende Kommentare beinahe schon schmerzlich, und es sei in Erinnerung gerufen, dass viele Nachfragen erspart blieben, wenn Abweichungen kurz kommentiert würden - dies gilt im Übrigen natürlich auch für die gewöhnliche Jahresrechnung). Beim Altersheim Steig ist uns u.a. aufgefallen, dass bei der Leistungskontrolle durch Fragebogen sehr viele Fragen mit „weiss nicht“ beantwortet wurden. Hierzu wird sich noch meine Fraktionskollegin Iren Eichenberger in der Detailberatung zu Wort melden.

Aufgrund des Aufwandes bei der Prüfung von 5 Pilotabteilungen ist uns einmal mehr klar geworden, dass WOV ohne Parlamentsreform nicht flächendeckend eingeführt werden kann.

Abschliessend danke ich auch im Namen unserer Fraktion dem Stadtrat und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt Schaffhausen für die im letzten Jahr geleistete gute Arbeit.

Die OeBS/EVP/GB-Fraktion wird auf die Rechnung eintreten und ihr zustimmen, sich aber in der Detailberatung vereinzelt noch zu Wort melden."

**Andres Bächtold (SP)**                      Fraktionserklärung \*

"Sie haben sich bestimmt auch mit der immer dicker werdenden jährlichen Pflichtlektüre intensiv befasst und die entsprechenden Schlüsse gezogen. Die Schlussfolgerungen und -bemerkungen des Stadtrates auf den Seiten römisch 22 und 23 (XXII und XXIII), welche die Ergebnisse in knapper und verständlicher Form zusammenfassen, sind dabei äusserst hilfreich und, soweit ich das als Laie beurteilen kann, inhaltlich korrekt dargestellt. Im übrigen hat Ihnen der GPK-Präsident die Fakten und Essenzen vorhin verständlich und umfassend präsentiert. Ich kann mich also darauf beschränken, in knappen Worten die Stellungnahme der SP-Fraktion abzugeben, Wiederholungen werden trotzdem nicht ganz zu vermeiden sein.

Die Rechnung schliesst, fast traditionsgemäss, besser ab als budgetiert. Das ist erfreulich. Neben ein paar unerwarteten Buchgewinnen ist das insbesondere dem offensichtlichen Kostenbewusstsein der Verwaltung zuzuschreiben, wofür sämtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unseren Dank verdient haben. Dass die Rechnung besser als vorhergesehen abschneidet, kann aber nicht darüber hinweg täuschen, dass das Steueraufkommen tiefer und die Sozialausgaben höher als angenommen ausgefallen sind. Der sogenannte Wirtschaftsaufschwung ist also bisher spurlos an uns vorbeigezogen.

Auch wenn wir nochmals mit einem blauen Auge davongekommen sind, verspricht das für die Zukunft wenig Verheissungsvolles bzw. viel Arbeit und Kreativität, um diese gegenläufigen Spiralen umzudrehen. Da wäre der Stadtrat gefordert. Diesem fehlt aber seit der Halbämterregelung offensichtlich genau die Zeit und Musse, um sich neben dem unabdingbaren Tagesgeschäft kreativ mit strategischen Planungen und Zukunftsmodellen zu beschäftigen. Dazu wäre aber mit Sicherheit auch Investitionskraft von Nöten, und da präsentieren sich die Kennzahlen leider nicht sehr erfreulich. Bei steigender Schuldenlast - und damit verbunden hohe Aufwendungen für den Schuldendienst - und ungenügendem Selbstfinanzierungsgrad fehlt der Handlungsspielraum sogar für notwendige Investitionen bzw. für dringende Unterhaltsarbeiten. Wünschbares ist schon gar kein Thema.

Vor diesem Hintergrund ist die Ankündigung des Stadtrates, mit gewissen Vorbehalten zwar, den Steuereffuss zu senken, wenig plausibel. Es ist aber nicht angezeigt, jetzt darüber zu debattieren, diese Diskussion wird bei der Budgetberatung im Spätherbst geführt werden müssen.

So gesehen gibt die Beratung der Rechnung ohnehin wenig her, das Geld ist ausgegeben, die zur Deckung der Ausgaben notwendigen Erträge nicht ganz eingegangen, jammern nützt nichts. Trotzdem geben die - auch angesichts der immer besseren und vollständigeren Kommentierung von wesentlichen Budgetabweichungen bereits in der Rechnung - intensiven Fragerunden der GPK einiges her.

An der Rechnung ändert sich natürlich nichts. Die Antworten, Ergänzungen, Nachlieferungen von Unterlagen usw. dienen eher dem allgemeinen Verständnis der Verwaltungsabläufe und sind jedenfalls nützliche Hinweise für kommende Budgetberatungen. Für die offene und vollständige Beantwortung all unserer Fragen möchte auch ich mich bei den zuständigen Referenten bedanken. Zu danken ist aber insbesondere auch der Finanzreferentin, der Zentralverwaltung und der Finanzkontrolle, welche sich alle Mühe geben, uns die komplexe Materie verständlich zu machen und es schaffen, in der immer umfangreicheren Buchhaltung trotz vieler Begehrlichkeiten und knapper Budgetierung den Überblick und die Kontrolle und damit auch die Kosten im Griff zu behalten.

Die GPK hat die Rechnung also wie üblich bearbeitet. Mehr Mühe machte der Leistungsauftrag der WOV-Pilotabteilungen. Das mag verschiedene Gründe haben. Es fehlt natürlich die Erfahrung, und es fällt offensichtlich leichter, aus Differenzen im rein monetären Bereich Fragen und Schlüsse abzuleiten als Leistungsdaten zu beurteilen. Dazu wäre eine fundiertere und intimere Detailkenntnis der einzelnen Abteilungen nötig, und das kann sich die GPK aus zeitlichen Gründen nicht leisten. Ich kann zum Beispiel nicht beurteilen, ob im Archiv die vorgegebene sachgemässe Lagerung von 200 Laufmetern Akten pro Jahr genügen, ob allenfalls auch 150 Meter ausreichen würden, oder ob die 200 Meter zu günstigeren Kosten ebenso sachgemäss verarbeitet werden könnten. Erschwerend kommt bei den WOV-Abteilungen natürlich hinzu, dass die Darstellung sehr unterschiedlich ist, weil offenbar noch immer keine taugliche Software erhältlich ist. Vergleiche sind aber ohnehin kaum möglich, da Abteilungen ausgewechselt wurden, Leistungsziele und Vorgaben usw. geändert haben bzw. laufend ändern. Die Erfahrungszeit ist zudem, selbst wenn alles optimal gelaufen wäre, sowieso zu kurz. Es kann aber immerhin festgestellt werden, dass sich die involvierten Abteilungen mit dem neu engagierten Controller mindestens besser betreut fühlen, was offensichtlich durchaus motivierend wirkt.

Es ist heute nicht angezeigt, eine WOV-Grundsatzdebatte zu führen, das muss neben andern wichtigen Weichenstellungen für die Zukunft bei anderer Gelegenheit erfolgen. Jetzt erledigen wir vorerst die Vergangenheit, was aber nicht so spannend ist. Deshalb komme ich zum Schluss, indem ich nochmals festhalte, dass es für die SP-Fraktion keinen Grund gibt, auf die Rechnung nicht einzutreten. Im Detail wird es allenfalls da und dort Fragen oder Bemerkungen geben, grundsätzlich werden wir dem Antrag des Stadtrates aber zustimmen."

**Peter Wullschleger (CVP)**      Votum \*

"Die Frage stellt sich auch dieses Jahr: Was soll überhaupt zu einer Rechnung gesagt werden - das Geld ist ja bereits ausgegeben? Vieles haben meine Vorredner schon gesagt. Gleichwohl, dürfen wir uns aufgrund der vorgelegten Rechnung auf die Schultern klopfen, weil das Defizit der Stadt Schaffhausen deutlich unter das budgetierte zu liegen kam, oder soll laut getadelt werden, weil es nicht gelungen ist, eine positive oder zumindest ausgeglichene Rechnung zu präsentieren, was immerhin Ziel sein müsste?

Durch das ausgewiesene Defizit erhöht sich die Verschuldung der Stadt Schaffhausen um einige Franken pro Kopf der Bevölkerung. Damit kann die CVP zwar leben, glücklich ist sie aber angesichts einer Nettoverschuldung von über Fr. 2000.-- pro Einwohner nicht.

Sicher, wir sind mit einem blauen Auge davon gekommen, doch frohlocken mag ich deshalb nicht, insbesondere, wenn man bedenkt, dass in gewissen Zürcher Nachbargemeinden die Steuerbelastung rund ein Drittel geringer ist als in Schaffhausen. Auch die derzeit florierende Wirtschaft und damit höhere Einnahmen sind kein Grund zum Jubeln, sind doch die Prognosen bereits nicht mehr so positiv wie auch schon.

Der Befund lautet somit: Der finanzpolitische Horizont bleibt düster und dürfte in den nächsten Jahren sogar dunkler werden, wenn sich nicht grundsätzlich etwas ändert. Und hier sind Regierung und Parlament gleichermaßen gefordert, wobei es nicht genügen wird, im nächsten Budget bei Randsteinen, Kulturbeiträgen, Kreiselverschönerungen und Personaleinstufungen einige Franken zu sparen. Soll strategisches Ziel sein, die ungedeckte Schuld der Stadt Schaffhausen in den nächsten 20 bis 30 Jahren abzubauen und gleichzeitig das Steuerniveau in den nächsten Jahren um 5 bis 10 % zu senken, dann bedeutet das jährliche Einsparungen von rund 10 Millionen Franken. Angesichts dieser Zahl werden wir nicht darum herum kommen, neue Wege zu beschreiten, alte Zöpfe abzuschneiden und selbst heilige Kühe ins Visier zu nehmen.

Die CVP-VertreterInnen treten auf die Rechnung 2000 der Stadt Schaffhausen ein und werden sie auch genehmigen. Wir danken allen, die dazu beigetragen haben, das Defizit in Grenzen zu halten. Wir werden jedoch anschliessend nicht einfach zur Tagesordnung übergehen, was bedeutet, dass Sie mit diesem oder jenem politischen Vorstoss rechnen müssen."

**SR Veronika Heller**      Stellungnahme des Stadtrates \*

"Ich danke für Ihre Bereitschaft, auf die Rechnung einzutreten. Da es nicht allzu viel zu sagen gibt, werde ich mich relativ kurz fassen.

- Die Konjunktur ist relativ freundlich, obwohl wir vom Aufschwung noch kaum etwas zu spüren bekommen.
- Die Laufende Rechnung 2000 ist fast ausgeglichen.
- Die Rechnung 2000 insgesamt ist aber "durchzogen".
- Gleichwohl sind die Aussichten relativ positiv.

Die Vorhersage zu den relativ positiven Aussichten ist nicht bei den exakten Wissenschaften angesiedelt. Deshalb ist das "positiv" auch nur verhalten.

Aber immerhin:

- Der Konsum in der Schweiz ist gut, die Konsumentinnen und Konsumenten sind relativ ausgabefreundlich.
- Die Wirtschaft ist nach wie vor optimistisch.
- Die Arbeitslosenzahlen sind auch im vergangenen Monat weiter gesunken (Kanton 1,5% / Stadt 1,8%).

Das Defizit in der Jahresrechnung 2000, die wir Ihnen zur Abnahme vorlegen, ist mit einem Minus von 800'000 Franken in der **Laufenden Rechnung** fast ausgeglichen; mit 0,44 % des Aufwandes liegt das wirklich im Streubereich und ist jedenfalls besser als das Budget, bei dem noch von einem Minus von 3 Mio ausgegangen werden musste.

Sie wissen, Sorgen macht uns die rückläufige Bevölkerungszahl und die Tatsache, dass in der Stadt viele Wohnungen leer stehen - aber eben nicht die richtigen. Die Nachfrage nach grossen Wohnungen mit gutem bis sehr gutem Standard findet fast kein Angebot.

Die Wirtschaftsförderung ist mit der Neuansiedlung von Firmen sehr erfolgreich. Nun muss aber die Politik noch dafür sorgen, dass auch potenzielle NeuzuzügerInnen die attraktiven Seiten der Stadt Schaffhausen entdecken. Ich bin davon ausgegangen, dass der Steuerfuss wieder ein Thema sein wird. Ich möchte mich heute aber dazu nicht weiter äussern. Die Überlegung bzgl. Steuerfuss Neuhausen, die Peter Möller angestellt hat, habe ich auch schon wiederholt gemacht. Wenn es nur der Steuerfuss wäre, dann müssten alle nach Neuhausen zügeln. Das tun die Leute aber nicht. Neuhausen hat das selbe Problem wie wir, vielleicht sogar noch etwas akzentuierter. Wir werden uns mehr einfallen lassen müssen, als lediglich eine Reduktion des Steuerfusses, wenn wir erfolgreich sein wollen.

Es zeigt sich aber bei den Steuereinnahmen, dass die Bevölkerungszahl rückläufig ist, blieben doch die Einkommens- und Vermögenssteuern um 1,4 Mio unter den Erwartungen.

Dieses Minus konnte durch niedrigere Personalkosten (Gehälter und Sozialversicherungsbeiträge) fast 1:1 aufgefangen werden.

Die Kosten beim Sachaufwand sind gegenüber der Rechnung 1999 nur massvoll angestiegen. Auch hier haben sich die entsprechenden Sparanstrengungen ausgewirkt.

Hingegen belasten die Sozialausgaben mit rund 1,3 Mio netto über Budget die Rechnung sehr. Allerdings ist hier auch in Erinnerung zu rufen, dass es sich dabei nur in der Rechnung der Stadt um Ausgaben handelt; volkswirtschaftlich gesehen fliessen diese Mittel Monat für Monat direkt wieder in den Wirtschaftskreislauf zurück. Eine Anmerkung zu den Ausführungen von Ernst Gründler, der diese Fragen schon in der GPK aufgeworfen hat: Es ist ein relativ schwerwiegender Vorwurf, der erhoben wurde, welcher einstweilen nur als Behauptung im Raum steht. Ich möchte darauf heute auch nicht näher eingehen. Aber wenn der Vorstoss von Thomas Hauser behandelt wird, werden wir das im Detail erläutern. So einfach, wie die Sache dargestellt worden ist, ist es nicht. Ich bin selbst Mitglied der Sozialhilfekommission, und wir haben an unseren regelmässig stattfindenden Sitzungen ziemlich viel abzuklären und zu entscheiden. Schaffhausen ist kein "Eldorado" für SozialhilfeempfängerInnen. Soviel dazu für heute.

Der Selbstfinanzierungsgrad und die Zinsbelastungsquote haben sich gegenüber der Rechnung 1999 verbessert.

Aber der **Selbstfinanzierungsgrad** ist mit 62,17 % noch immer nicht da, wo er sein sollte, d.h. bei mindestens 70 %, damit die Verschuldung nicht weiter ansteigt, jedenfalls nicht auf ein Mass, das nicht mehr verantwortet werden kann. Das heisst mit anderen Worten, wir müssen weiterhin Mass halten - in allen Bereichen.

In der **Investitionsrechnung** hat die Stadt netto rund 10,8 Mio investiert und davon rund 6,7 Mio selber finanzieren können. Verglichen mit dem Kanton können wir uns da immer noch sehen lassen.

Das hat jedoch einen negativen Finanzierungssaldo von rund 4,1 Mio Franken zur Folge.

Die **Verschuldung** ist leider höher ausgefallen, als das Ziel, das sich der Stadtrat für das Ende der letzten Legislaturperiode gesteckt hatte.

Die Details - insbesondere die Analyse der Budgetabweichungen - können Sie dem Bericht des Stadtrates (S. XXII ff.) und den Übersichten über die Kennzahlen entnehmen.

Ergänzend drängen sich vor allem zwei Bemerkungen auf. Dies mag vielleicht erklären, weshalb ich nicht alles schwarz sehe für die Zukunft.

Die Röti wird die Investitionsrechnung in den kommenden Jahren mit über 20 Mio weiter belasten, aber die Abwassergebühren werden schon ab dem Jahr 2003 in einer ersten Tranche und ab dem Jahre 2005 in einer zweiten Tranche direkt zur Finanzierung, bzw. Verzinsung und Abschreibung des investierten Kapitals beitragen. Da haben wir vorgesorgt. Es ist alles rechtskräftig.

Weiter hat die Stadt mit dem Land-Kredit verschiedene Gebäude gekauft. Diese haben sich entweder schon im Jahr 2000 durch entsprechende Einnahmen selber finanziert oder sie werden es ab diesem Jahr tun.

Um in Zukunft über bessere Entscheidungsgrundlagen zu verfügen, hat der Stadtrat beschlossen, künftig nicht nur das Investitionsprogramm, sondern auch den **Finanzplan jährlich** anzupassen.

Die **WOV-Abteilungen** haben im vergangenen Jahr sehr gut gearbeitet. Mittlerweile konnten wir erfreut feststellen, dass alle Verantwortlichen der 5 Pilotabteilungen motiviert mitmachen. Die Arbeitsgruppe "Parlamentsreform" hat kürzlich eine Basis gefunden, um weiter zu arbeiten. Wir werden einen Schlussbericht verfassen und das Parlament informieren. Ich gehe davon aus, dass die FraktionsvertreterInnen Sie mittlerweile informiert haben. So werden wir diese Sache weiter entwickeln und hoffentlich auch gute Lösungen finden können.

Wie immer:

Die Abnahme der Rechnung 2000 ist, wie das allen Jahresrechnungen so eigen ist, die Darstellung eines Stücks Vergangenheit. Ich hoffe, Sie werden diese Vergangenheit heute Abend eloquent bewältigen und der Rechnung dann Ihren Segen erteilen.

Vorher danke ich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt ganz herzlich für ihren Einsatz - sie sind in den allermeisten Fällen mit den öffentlichen Geldern haushälterisch umgegangen, haben weitgehend Budgettreue an den Tag gelegt, und so massgeblich zur fast ausgeglichenen Rechnung beigetragen.

Ihre Fragen werde ich, zusammen mit meinen SR-Kollegen bzw. mit Johanna Theiler von der Zentralverwaltung sowie Arnulf Biedermann von den städtischen Werken, zu beantworten versuchen. Allen, die ihre Fragen im voraus gestellt haben, danke ich für ihre Umsicht. Es erleichtert die Antwort ungemein."

Der **Ratspräsident** stellt fest, dass Eintreten auf die Rechnung unbestritten ist.

**EINTRETEN ist somit beschlossen.**

### DETAILBERATUNG

Zuerst wird der **Leistungsauftrag Pilotabteilungen Jahresbericht 2000** beraten.

**Altersheim Steig** (Seiten 5 - 13)

**Iren Eichenberger, 1. Vizepräsidentin** spricht zu den Befragungen der PensionärInnen und ihren Angehörigen.

"Die Heimleitung hat im Zusammenhang mit WOV den mutigen Schritt gewagt, ihre KundInnen direkt über die Zufriedenheit mit einzelnen Leistungen zu befragen. Das ernüchternde Ergebnis, dass 76% nicht wissen, ob sie mit Pflege und Betreuung zufrieden sind, 55% nichts zum Aktivitätenangebot sagen, 69% keine Aussage zum Service machen und 44% kein Urteil zu ihrer Platzierung haben, hat offenbar auch die Heimleitung irritiert. Sie will darum als Massnahme - siehe Bemerkung Seite 7 (Massnahmen) - die Fragemethode ändern und die Qualitätssicherung einführen.

Dies sind sicher sinnvolle Ansätze. Ich meine aber, man müsste aufgrund des Resultates auch das Angebot und die Dienstleistungen an sich prüfen. Nicht alle Pflegebedürftigen sind glücklich mit einer fremden Person im Zweierzimmer. Viele wünschen sich mehr Zeit, mehr Kontaktmöglichkeit mit dem Personal. Die Forderung nach Effizienz, der zusätzliche Aufwand durch WOV-Administration dürfen nicht auf die Qualität von Pflege und Betreuung drücken. Im übrigen hat auch mein Grossvater stets gesagt: "Hä, wenn ich nüt säge, isch es scho recht." Ich möchte meine Bemerkung daher als Anregung, nicht etwa als Kritik verstanden wissen."

**SR Urs Hunziker:** "Ich nehme gerne die Gelegenheit wahr, einige Worte zum Altersheim Steig zu sagen. Es stellt sich tatsächlich die Frage, was es zu bedeuten hat, wenn so viele Personen unschlüssig sind in ihrer Antwort. Es könnte tatsächlich so sein, dass die Befragten gewisse Fragen nicht beantworten konnten. Ich denke insbesondere an die Angehörigen, denen es unter Umständen aus Gründen des Kontaktes nicht so leicht fällt, schlüssig zu antworten. Andererseits könnte das Ganze aber auch darauf schliessen lassen, dass eine Unzufriedenheit vorliegt, die von den Betroffenen nicht so offen ausgedrückt werden sollte. Nach den Umtrieben im Altersheim Steig im letzten Jahr hoffe ich, dass mit den derzeit eingeleiteten Massnahmen die Qualitätssicherung künftig ausreichend gewährleistet sein wird. Mittel dazu wird das Qualitätssicherungs-Instrument "OptiHeim" sein, welches ab diesem Herbst flächendeckend in allen städtischen Heimen eingeführt wird."

**Erwin Sutter (EDU)** erkundigt sich, ob die Befragung von externen oder internen Leuten durchgeführt wurde. Bei der Befragung durch interne Leute bestehe die Gefahr, dass die HeimbewohnerInnen bzw. die Angehörigen mit Kritik zurück halten, da eine gewisse Abhängigkeit von den befragenden Personen bestehe und sich eine kritische Antwort für die betr. HeimbewohnerInnen negativ auswirken könnte.

**SR Urs Hunziker** antwortet, dass diese Umfrage mittels Fragebogen durch die Heimleitung gemacht wurde. "Mit dem System "OptiHeim" werden es künftig standardisierte Fragen sein, welche von einem externen Büro ausgewertet werden."

**Lotti Winzeler (OeBS)** zeigt sich überrascht von der Mitteilung von SR Hunziker, wonach die Heimleitung selber die Umfrage gemacht hat. "Ich denke, mit einer guten Schulung der MitarbeiterInnen sollte es möglich sein, eine umfassende und "rollende" Befragung durchzuführen. Es erstaunt mich, dass man hier nicht zu besseren Resultaten gekommen ist, ob positiv oder negativ."

**Urs Tanner (SP)** vertritt die Auffassung, dass man nicht die Fragen ändern soll, wenn man mit den Antworten unzufrieden ist. "Man muss die Qualität im Altersheim wahrscheinlich auch ändern. Wenn es immer noch so ist, wie damals, als die Interpellation von GrSR Ernst Spengler eingereicht wurde, dann muss man einiges unternehmen und nicht nur die Fragebogen ändern. SR Urs Hunziker hat es ja auch bestätigt, dass in dieser Richtung eine Verbesserung erreicht werden muss. Wir müssen am Ball bleiben."

**SR Urs Hunziker:** "Wir haben Massnahmen eingeleitet. Ich hoffe, dass sie bis spätestens in einem halben Jahr Wirkung zeigen werden."

<b>Stadtarchiv</b>	Seiten 15 - 23	Keine Bemerkungen
<b>Stadtgärtnerei u. Friedhofverwaltung</b>	S 25 - 33	Keine Bemerkungen
<b>Steuerverwaltung</b>	Seiten 35 - 45	Keine Bemerkungen
<b>Vormundschafts- u. Erbschaftsamt</b>	Seiten 47 - 55	Keine Bemerkungen

**Esther Bänziger (SP)** Votum

"Ich hätte hier nur eine allgemeine Bemerkung anzufügen. Man soll mir nicht wieder unterstellen, dass ich gegen WOV eingestellt bin. Aber ich habe nach wie vor meine Vorbehalte. Was jetzt passiert ist, zeigt genau unsere Überforderung. Wir wären nämlich jetzt dazu aufgefordert, allfällige Korrekturen in den WOV-Betrieben in die Wege zu leiten - dies muss bei WOV bei der Rechnungsabnahme geschehen. Was machen wir? Wir sitzen hier, und mit Ausnahme Altersheim sagt niemand ein Wort. Das zeigt, dass wir ParlamentarierInnen mit diesem Instrument überhaupt nicht umzugehen wissen, nichts machen, die Füsse unter den Tisch strecken. Daher warne ich vor einer zu frühen, flächendeckenden Einführung von WOV."

Die Voten zu den WOV-Abteilungen haben sich damit erschöpft.

**IV. LAUFENDE RECHNUNG** "gelbes Buch" ab Seite 17

**Iren Eichenberger, 1. Vizepräsidentin**, verliest die Seitenzahlen.

Seite 68 **Pos. 2000 309.00 Kindergärten Weiterbildung**

**Iren Eichenberger, 1. Vizepräsidentin** stellt fest, dass für die Weiterbildung Fr. 500.-- budgetiert worden seien, ausgegeben wurde nichts. Sie fragt, ob für

die Kindergärtnerinnen bei einer Lohnsumme von ca. 1,5 Mio Franken keine Weiterbildung betrieben werde.

**SR Urs Hunziker** gibt zur Antwort, "dass sich die Kindergärtnerinnen im Jahr 2000 selbstverständlich weitergebildet haben. Aber die ordentliche Weiterbildung läuft über die Weiterbildung des Kantons. Unter der genannten Position sind lediglich jene Kosten budgetiert, welche nicht durch Angebote der kantonalen Weiterbildung abgedeckt sind."

Seite 90     **Pos. 3010 Museum und folgende**

**Theresia Derksen (CVP)** stellt mit Genugtuung fest, dass im Gegensatz zu früher hier ausführliche und aufschlussreiche Kommentare zu den einzelnen Positionen angebracht wurden. Sie bedankt sich dafür.

Seite 134     **Pos. 5400 318.20 Jugendschutz - Projekt "Jugendleitbild"**

**Ernst Spengler, 2. Vizepräs.** stellt fest, dass die erwähnte Position einen Aufwand von ca. Fr. 42'700.-- ausweist. Hinzu kommt noch ein Betrag von ca. Fr. 9'800.-- unter der Pos. 5490 301.00 - siehe Kommentar auf Seite 143. Dies ergibt einen Betrag von über 50'000 Franken. Der Votant hat zwar nichts gegen die Erarbeitung eines Jugendleitbildes. Er erkundigt sich jedoch nach dem Resultat.

**SR Urs Hunziker:** "Das Jugendleitbild liegt vor mit einer Anzahl von Massnahmen und Vorschlägen. Es ist allerdings aus Sicht des Stadtrates stark fokussiert auf diejenigen Jugendlichen, die in irgend einer Weise bereits Probleme haben, und denen selbstverständlich auch geholfen werden muss. Der grosse Anteil der Jugendlichen, der eine problemlose Jugend erlebt und/oder in Jugendorganisationen, Sport- und Musikvereinen usw. tätig ist, findet lediglich einen marginalen Niederschlag im Jugendleitbild. Ebenso ist die Integration ausländischer Jugendlicher nur in einem untergeordneten Bereich erwähnt. Der Stadtrat hat deshalb beschlossen, das Jugendleitbild überarbeiten zu lassen, so dass die genannten Zielgruppen ergänzt bzw. vervollständigt werden können. Im Auftrag des SR habe ich deshalb im pädagogischen Seminar Schaffhausen angefragt, ob dieses bereit wäre, das Leitbild im Rahmen einer pädagogischen Schlussarbeit, welche die Studierenden dort abzugeben haben, zu überarbeiten. Die Anfrage ist auf ein positives Echo gestossen. Allerdings fehlt noch eine definitive Zusage eines/r Studierenden."

Seite 140     **Pos. 5403 432.20 Kinderkrippe Forsthaus**

**Vergütung Personal für Verpflegung**

**Iren Eichenberger, 1. Vizepräsidentin** nimmt Bezug auf den Kommentar auf Seite 141 "*Reduktion des Essensbeitrages der Mitarbeiterin aufgrund zusätzlicher Belastungen durch Einzug der Gruppe im 1. Stock*". Die Votantin erkundigt sich, ob diese zusätzliche Belastung für die Essensausgabe zumutbar sei.

**SR Urs Hunziker:** "In der Kinderkrippe Forsthaus war es in der Vergangenheit so, dass Personen aus dem Beschäftigungsprogramm für Verpflegungsdienste in Anspruch genommen werden konnten. Leider haben wir keine beschäftigungslose Leute mehr, die sich hier einsetzen lassen."

Das hat dazu geführt, dass die Mitarbeiterinnen selber vorerst diese Mittagsverpflegung übernehmen mussten. Dies hat tatsächlich zu einer zusätzlichen Belastung geführt. Wir werden aber im Rahmen des Kooperationsprojektes Kinderkrippe Forsthaus die Situation überprüfen und dort beantragen, dass im Bereich Hauswirtschaft einige Stellenprozente dazu kommen."

Seite 149 **Pos. 5700 427.01 Altersheim am Kirchhofplatz**

**Mietzinse für Dienstwohnungen, Räume, Parkpl.**

**Ernst Spengler, 2. Vizepräs.** nimmt Bezug auf den Kommentar "*Miete für Spitex fehlen*". Der Votant erkundigt sich, ob die Rechnungstellung vergessen ging oder ob das Altersheim den solventen Götti spielt, um das Spitex-Budget zu entlasten.

**SR Urs Hunziker:** "Es ist tatsächlich so, dass bis und mit Rechnung 2000 alle Räumlichkeiten, die an Organisationen abgegeben wurden, welche im Auftrag der Stadt Dienstleistungen erbringen, gratis zur Verfügung gestellt wurden. Dies beruht auf einem SR-Beschluss vom Mai 1999. Per 2001 wurde diese Praxis geändert. Folglich werden künftig alle Organisationen eine Miete zu bezahlen haben. Sie erhalten zwar etwas mehr an Subventionen, aber es geht hier um die Wahrung der Kostentransparenz."

Seite 166 **Sozialhilfeaufwendungen**

**SR Thomas Feurer** möchte - da die entsprechende Interpellation von Thomas Hauser heute noch nicht behandelt wird - die Äusserungen von Ernst Gründler nicht unerwidert im Raum stehen lassen, nicht zuletzt auch deshalb, weil die MedienvertreterInnen auch anwesend sind. "Es ist nicht so, Ernst Gründler, dass die Stadt SH speziell attraktiv ist, weil wir besonders grosszügig sind oder mangelnde Kontrollen der Grund für die gestiegenen Sozialhilfeaufwendungen sind. Die Stadt Schaffhausen liegt nach wie vor unter den Kosten der vergleichbaren Städte pro Fall. Schaffhausen gibt netto 4'806 Franken pro Fall aus, die Stadt Winterthur z.B. Fr. 11'377.--. Wir legen keine besondere Grosszügigkeit an den Tag. Ich möchte auch in Abrede stellen, dass wir keine Nachtragskredite gesprochen haben. Wir nehmen einen gesetzlichen Auftrag wahr, der uns per Regierungsdekret verordnet wurde. Wir haben auch keine eigenen Richtlinien, sondern wir richten uns nach den vorgegebenen SKOS-Richtlinien. Weitere Details werde ich Ihnen im Rahmen der Interpellationsbeantwortung liefern."

**Edgar Mittler (FDP)** weist darauf hin, dass es trotzdem eine Tatsache sei, dass Leute aus den Gemeinden unseres Kantons sowie aus den angrenzenden Zürcher und Thurgauer Gemeinden "ermuntert" werden, nach Schaffhausen umzuziehen und die dortige Sozialhilfe in Anspruch zu nehmen. "Das ist nicht die Schuld des Sozialreferenten oder des Sozialamtes, aber es sollte doch zu denken geben, wenn andere Gemeinden ihre Sozialfälle nach Schaffhausen abzuschieben versuchen."

Seite 188 **Pos. 6510 365.91 Busbetrieb Altersheim Steig, Defizitdeckung**  
**Fr. 24'665.--**

**Ernst Spengler, 2. Vizepräs.** erkundigt sich nach der Benutzer-Frequenz bzw. ob Fahrgastzählungen gemacht wurden.

**SR Veronika Heller:**

Gemäss Stadtratsbeschluss vom 11.04.1995 werden die Aufwendungen für das Rollstuhltaxi (vier Kurspaare täglich zum Altersheim Steig) durch das Heimreferat budgetiert. Auch die Auftragserteilung an das Kleinbus-Unternehmen erfolgt durch das Heimreferat. Die VBSH-Fahrausweise werden anerkannt (die VBSH vergüten ihre zusätzlichen Einnahmen dem Altersheim Steig).

Die Fahrten werden von Montag bis Freitag durch das Kleinbus-Unternehmen Steinemann durchgeführt. An den Wochenenden nutzen die VBSH die relativ grossen „Pufferzeiten“ der Linie 8 im Halbstundenbetrieb und fahren die Kurse selbst.

Das Kleinbus-Unternehmen Steinemann hat uns seine Frequenzerhebungen zur Verfügung gestellt. 1998 wurden 2'179 Fahrgäste gezählt.

1999 wurden 1300 Fahrgäste gezählt. Für das Jahr 2000 liegen keine Vollerhebungen vor. Kurt Steinemann hat in Aussicht gestellt, noch Angaben zu liefern."

Seite 220 **Pos. 8400 365.96 Beiträge zur Wirtschaftsförderung Stadt SH**  
**Bernhard Egli (OeBS)** wünscht Details zu diesem Aufwandposten (Total ca. 57'000 Franken).

**Stadtpräs. M. Wenger** nennt als grössten Posten das Honorar für den externen Beauftragten, den auf S. 220 erwähnten Nachtragskredit für die Busverbindung z.G. Kinopolis sowie kleinere Beiträge wie 3 Berater-Checks für Firmengründungen sowie für die Tischmesse.

**V. INVESTITIONSRECHNUNG**                      Seiten 235 - 262    -    Keine Bemerkungen

**VI. VERPFLICHTUNGSKREDIT-KONTROLLE** S 266-273    -    Keine Bemerkungen

**VII. SPEZIALFINANZIERUNGEN**                      Seiten 276 - 296    -    Keine Bemerkungen

**VIII. STIFTUNGEN u. LEGATE**                      Seiten 300 - 318

**Peter Wullschleger (CVP)** ist auf Seite 301 bei den Veränderungen aufgefallen, dass es sich immer um runde Beträge handelt. Er erkundigt sich daher, wie diese Stiftungen und Legate verzinst werden.

**SR Veronika Heller bzw. Johanna Theiler, ZV** beantworten die Frage wie folgt: Die Verzinsung orientiert sich am Sparkassenzins und erfolgt seit 3 Jahren relativ grosszügig mit 2%. Der Zinssatz wird jedes Jahr überprüft und wenn nötig angepasst. Der Zins wird gerundet auf plus/minus 50 Franken, damit die Bestände Ende Jahr einen geraden Saldo aufweisen.

**IX. SPEZIALVERWALTUNGEN**                      Seiten 322 - 339

Seite 328 **Kläranlage Röti Pos. 92 311.41 Fr. 229'377.95 Anschaffung Zentrifuge**  
**Pos. 312.00 Fr. 225'157.20 Energie**

Seite 330 **Pos. 480.20 Fr. 225'157.20 Entnahme ex Ausgl.Kto**  
Frage aus der bürgerlichen Fraktion, ob eine Kontenverwechslung vorliege.

**SR Kurt Schönberger** verliert die Stellungnahme der Zentralverwaltung:

"Es liegt eine Kontenverwechslung vor. Bei den Abschlussbuchungen ist der ZV dieser Fehler passiert. Bei der Entnahme sind wir um ein Konto verrutscht. Somit wurde aus dem Ausgleichskonto Fr. 4'220.75 zu wenig für die Anschaffung der Zentrifuge, entnommen.

Dies hat aber glücklicherweise keinen grossen Einfluss, ausser, dass das Ausgleichkonto um Fr. 4'220.75 weniger geschmälert wurde. Das Ausgleichkonto wird immer gemäss festgelegtem Verteilschlüssel durch die Verbandsgemeinden geüfnet. Dies erfolgt dadurch, dass jedes Jahr das Defizit der Kläranlage Röti über diesen Verteilschlüssel ausgeglichen wird. Somit wurde trotz Falschbuchung keine Gemeinde bevorzugt oder benachteiligt."

<b>X. STIFTUNG IMPULS</b>	Seiten 342 - 351	-	Keine Bemerkungen
<b>XI. SONDERSCHULEN</b>	Seiten 354 - 360	-	Keine Bemerkungen
<b>XII. BETRIEBE</b>	Seiten 362 - 400		

**Christian Hablützel (SP):** "Wir kommen jetzt von den Brosamen zu den Steaks. Ich fühle mich provoziert durch das Jammern auf der rechten Ratsseite bei der Eintretensdebatte, wo es darum gegangen ist, zu sagen, wie teuer die Sozialhilfe sei, dass diese unsere Rechnung belaste. Ich möchte es mir nicht verkneifen, jetzt eine politische Äusserung zur Rechnung der städt. Werke zu tun und nicht eine buchhalterische.

Sie haben sicher festgestellt, wenn Sie durch diese Zahlen gegangen sind, dass die Darstellungsart der Werks-Rechnungen eine andere ist, als die wir uns gewohnt sind. Während die einen über einen Betrag von 500 Franken für nicht gebrauchte Weiterbildung mit einer eigenen Kontenstelle Rechenschaft ablegen müssen, haben wir es hier mit einer professionell geführten Finanz- und Betriebsbuchhaltung zu tun, welche - das muss ich jetzt betonen - im Rahmen einer städtischen Organisation eine Ausnahme bildet mit einer Art von abenteuerlichen Darstellungen.

Wenn Sie die Revisionsberichte lesen, so stellen Sie fest, dass sich die Revisionsgesellschaft sehr vorsichtig ausdrückt über das, was sie dort getan hat. Es ist mir wichtig, zu sagen, dass in diesen Rechnungen kein Geld und kein Vermögen verschwunden ist. Was aber in dieser Rechnung dargestellt wird, das ist ein klar gewolltes, budgetiertes Ergebnis. Mit dieser Art der Rechnungslegung kann ich jedes beliebige Ergebnis erreichen.

Das bedeutet im Detail folgendes:

Wir haben beispielsweise auf Seite 363 - Gaswerk Schaffhausen - auf der Position 8, auf Seite 386 - EWS - ebenfalls auf Position 8 *Fremdleistungen* - das kann man finanztechnisch so tun - nicht getätigte Ausgaben unter Aufwand verbucht. Es steht in einem ganz kleinen Kommentar, dass diese paar Millionen Franken eigentlich Rückstellungen wären. Wenn wir das genau betrachten, dann verfälscht dies ganz klar das operative Ergebnis. Wir könnten das Ergebnis noch nach verschiedenen Kriterien so betrachten.

Was ich unter dem Strich sagen will - deshalb habe ich auch gesagt, es sei eine abenteuerliche Darstellung der Rechnung für ein städtisches Unternehmen -, wir gehen hin und sind bereit, Budgetüberschreitungen voll zu tragen. Das geht quer durch alle Betriebe und Institutionen hindurch.

Wir sind aber offensichtlich nicht bereit, Erträge, die über das Budget hinaus erwirtschaftet werden, auch tatsächlich der Stadtkasse zuzuführen. Das schlägt sich dann in der Rechnung nieder, d.h. wir haben jetzt ca. 10 - 15 Mio Franken in der Matratze der städtischen Werke versteckt. Diese Beträge kommen nach einer Verselbständigung der Werke nicht mehr an die Oberfläche, weil wir dann nicht einmal mehr die Gelegenheit haben, über die Rechnung zu diskutieren.

Ich möchte das an einem weiteren Beispiel darstellen. Wir haben die traurige Nachricht bekommen, dass bezüglich der Abschreibungen die Stadt Schaffhausen mit den 9 Mio Franken an der untersten Grenze liegt. Die Werke machen Wertberichtigungen in einem Jahr in der Höhe von ca. 44 Mio Franken\*. Das geht weg. Was zurück bleibt am Anlagevermögen - nur um das Verhältnis festzuhalten - beträgt noch ca. 35 Mio Franken. Das heisst, wir können es uns leisten, 60%\* abzuschreiben, ohne nach hinten zu schauen. Unter diesem Aspekt betrachtet könnte man sagen, Schaffhausen ist eine reiche Stadt, Schaffhausen lässt es sich gut gehen. Es wäre wichtig, dass wir dies zur Kenntnis nehmen." \*Anmerkung der Redaktion: Die Wertberichtigung im Jahr 2000 (Rückstellungen und Abschreibungen) betrug in den 3 Werken Gas, Wasser und EW ca. 12,2 Mio (nicht 44 Mio) Franken. Folglich reduziert sich auch die erwähnte Prozentzahl.

**Stadtpräs. M. Wenger:** "Sie mögen mir nachsehen, wenn ich vom Votum von Christian Hablützel nur begrenzt begeistert bin. Ich muss Ihnen sagen, das war ein abenteuerliches Votum; ich kann dieses Adjektiv zurück geben. Fangen wir einmal bei den Spezialfinanzierungen an - Rückstellungen sind es ja keine. Wir brauchen diese Spezialfinanzierungen für die Projekte, die vor uns liegen. Die städtischen Werke sind eine Unternehmung. Es muss anders Rechnung gelegt werden als in einem Verwaltungsbetrieb. Das ist heute schon so. Das war in der Tradition der Rechnungslegung der städtischen Werke eigentlich seit wir hier drin Politik treiben, also schon zu Bringolfs Zeiten, der übrigens ein glänzender Werksreferent war. Ich bin auch ein glänzender Werkreferent. Ich kann Ihnen versprechen, Christian Hablützel, die Verselbständigung der städtischen Werke läuft eben genau nach diesem Muster. Wir benötigen die Reserven für die Zukunftsinvestitionen - wir sind ja schwach auf der Brust beim Investieren, der Kanton ist noch schwächer auf der Brust beim Investieren, dies werden wir bestätigt erhalten bei der Rechnungsabnahme in einer Woche im Grossen Rat. Wir werden bei der Verselbständigung darauf achten - da haben Sie mein Wort dafür -, dass wir gar nichts in fremde Hände geben. Die Stadt wird nach wie vor bei einer verselbständigten Werksituation in der Stadt Schaffhausen die Finger auf der operativen Führung haben und die Möglichkeit nutzen - wenn wirklich Reserven da sind -, diese gezielt einzusetzen zur Erhaltung der Investitionskraft der Werke. Es ist klar, dass man operativ sehr viel verändern kann durch diese Politik, die allenfalls in der ganzen Rechnungslegung liegt. Wir sind jedoch sehr transparent. Wir haben jeden Franken, der für bestimmte Spezialfinanzierungen benötigt werden wird, im Finanzplan ausgewiesen. Wir zeigen das auch immer der Verwaltungskommission. Es ist klar, wir haben eine andere Grössenordnung von Beträgen, die beispielsweise nur schon auf dem Kontokorrent der Werke am Stichtag 31.12.2000 zusammen kommen. Es hat mich gefreut, dass Sie die Werke zitiert haben. Die Werke haben in den letzten zwei Jahren mit 9 Mio Franken zur Verbesserung der beiden Jahresrechnungen 1999 und 2000 beigetragen. Das ist nicht nichts.

Der Kanton hat eine Substanz von 160 Mio Franken im EKS. Wissen Sie, was der Kanton jedes Jahr erhält für diese 160 Mio Franken Substanz? Eine einzige mickrige Million Franken. Da bin ich unter den Blinden doch noch etwas einäugiger als andere. Ich bitte Sie, das auch mit dem etwas zwinkernden einen Auge, das ich Ihnen zuwerfe, zu akzeptieren. Es ist effektiv so. Ich muss ja die Werke auch etwas in Schutz nehmen. Die Revisionsgesellschaft KPMG Fides Peat, welche die Revision vornimmt, ist bereit, im Gespräch diese Details aufzuzeigen. Auch Arnulf Biedermann, der Buchhaltungschef der städtischen Werke, ist hier anwesend, um Auskunft zu geben, wenn Spezialfragen kommen.

Wir versuchen, die Werke so leistungsfähig wie möglich zu erhalten und in unserem Eigentum zu behalten."

**I. BESTANDESRECHNUNG**    Seiten 1 - 3            -        Keine Bemerkungen

**II. GESAMTERGEBNIS DER VERWALTUNGSRECHNUNG**

Seiten 5 - 7            -        Keine Bemerkungen

**III. SACHGRUPPENSTATISTIK**    Seiten 9 - 14            -        Keine Bemerkungen

**BERICHT DES STADTRATES**    Seiten I - XXIII

Seite IX -    **115 Darlehen u. Beteiligungen Pos. 1155.20 Stadtantenne SH AG  
Beteiligung Fr. 100.--**

**Edgar Mittler (FDP)** nimmt Bezug auf obige Beteiligung der Stadt bei der SASAG. "Nach meinen Informationen handelt es sich hier um 75 Aktien. Warum diese Aktien seinerzeit ins Portefeuille der Stadt und nicht in dasjenige des EWS eingebucht wurden, ist mir nicht ganz klar. Unser gut situiertes Werk produziert und handelt ja nicht nicht nur mit Strom wie z.B. das EKS, sondern auch mit Gas und Wasser, und es hat sich zu einem eigentlichen Technologie-Center entwickelt. Im Gebäude des EW sind u.a. Orange und DiAx niedergelassen, das EW ist beteiligt an der SASAG, an der Etawatt und an der in den letzten Tagen eröffneten Biogas-Anlage. Es liegt deshalb auf der Hand, dass diese SASAG-Aktien richtigerweise in die Beteiligung des EW und nicht der Stadt gehören. Ich möchte den Stadtrat auffordern, in diesem Sinn eine entsprechende Vorlage auszuarbeiten."

**Bernhard Egli (OeBS):** "Ich möchte dem SR empfehlen, das nicht zu tun. Genau aufgrund dieser Ausführungen ist es ja sinnvoll, dass diese Beteiligung bei der Stadt bleibt und nicht in die Werke überführt wird."

**Stadtpräs. M. Wenger:** "Ich möchte heute keine SASAG-Debatte führen. Ursprünglich war es so, dass die SASAG gegründet wurde mit dem Ziel, die Altstadt von Schaffhausen von unschönen Antennenbauten möglichst frei zu halten. Deshalb hat die Stadt mitgeholfen, mit den ansässigen Radio- und Fernsehgeschäften zusammen die SASAG zu gründen. Als ganz grosser Player hat die Firma Siemens, welche geholfen hat, mit ihrem Know-how diese ganze Kabelanlage aufzubauen, das Hauptpaket der SASAG besessen. Es ist effektiv so, wie GrSR Edgar Mittler gesagt hat, dass das Geschäft mit der Kabelantennen-Anlage von der baulichen Seite her (Leitungsführung, Durchleitung) sehr nahe an demjenigen der städtischen Werke liegt.

Es wäre eine echte Chance für uns, wenn wir das erwägen und Sie das gutheissen würden, hier eine Reserve der Stadt zu aktivieren. Der innere Wert der SASAG-Aktien ist in den letzten Jahren beträchtlich gewachsen. Die 100 Franken, welche hier als Pro memoria-Position aufgeführt sind, sind eine leichte Untertreibung. Wir tun gut daran, uns das zu überlegen. Wir könnten damit möglicherweise eine nachhaltige Auswirkung auf die Rechnung 2001 herbei führen, ohne die Kontrolle über die SASAG zu verlieren. Im Gegenteil, wir möchten eigentlich das Aktienpaket der Firma Siemens über die städtischen Werke dazu kaufen. Wir haben ein grosses Interesse, weil wir nicht möchten, dass die SASAG in das Eigentum der Cablecom gelangt, welche gesamtschweizerisch praktisch alle Kabelnetze besitzt und die bereits sehr viel dafür bezahlt hat. SASAG ist eine gute Firma." Der Stadtpräsident erwähnt an dieser Stelle noch, dass sich alle Betriebe, welche sich via Wirtschaftsförderung hier angesiedelt haben, sehr positiv über die Qualität des Kabelnetzes der SASAG geäussert haben.

Seite XII **Bürgschaften der Stadt Schaffhausen per 31. Dez. 2000:**

<b>Schuldner: IG Kammgarn</b>	<b>Haftungsbetrag 200'000.--</b>
<b>Spielvereinigung SH</b>	<b>Restschuld 21'000.--</b>

**Walter Hotz (FDP)** erkundigt sich, ob diese beiden Bürgschaften auf Zeit oder unbefristet gewährt wurden.

**SR Veronika Heller** antwortet, dass die Bürgschaften unbefristet gewährt wurden, wobei die Restschuld der Spielvereinigung von Jahr zu Jahr kleiner wird.

Seiten XIII - XXI **GRAFIKEN UND KENNZAHLEN**

**Erwin Sutter (EDU)** würde es begrüessen, wenn noch einige wenige Grafiken beigefügt werden könnten, welche z.B. bei den Ausgaben den Trend über die letzten Jahre der einzelnen Bereiche aufzeigen.

**SR Veronika Heller** erklärt sich bereit, dieses Anliegen aufzunehmen. Dies hat jedoch zur Folge, dass auch entsprechende Kommentare angefügt werden müssen, wenn durch Veränderungen die Vergleichbarkeit und Plausibilität nicht mehr gegeben bzw. gewährleistet wäre.

Damit ist die Rechnung durchberaten.

#### **ANTRAG (Seite XXIII)**

**Iren Eichenberger, 1. Vizepräsidentin** verliest den Antrag des SR.

*"Die vorliegende Jahresrechnung 2000 der Einwohnergemeinde Schaffhausen wird genehmigt und gemäss Art. 11 lit. c der Stadtverfassung dem fakultativen Referendum unterstellt."*

## ABSTIMMUNGEN

Der Grosse Stadtrat genehmigt mit je **44 : 0 Stimmen**

a) die Jahresberichte 2000 "Leistungsauftrag Pilotabteilungen WOV" Stadt SH

und

b) den Antrag des SR

*"Die vorliegende Jahresrechnung 2000 der Einwohnergemeinde Schaffhausen wird genehmigt und gemäss Art. 11 lit. c der Stadtverfassung dem fakultativen Referendum unterstellt."*

Der **Ratspräsident** stellt schliesslich noch den **Jahresbericht 2000 des Stadtrates** zur Diskussion. Es werden keine Bemerkungen angebracht.

Das Geschäft ist erledigt.

Der **Ratspräsident** beendet an dieser Stelle die Beratung der heutigen Traktandenliste. Er spricht dem Rat ein Kompliment für die speditive Beratung der Jahresrechnung 2000 aus.

## MITTEILUNGEN

Der **Ratspräsident** ruft folgende Termine in Erinnerung:

- **Montag, 6. August 2001, 17.00 - 19.00 Uhr**  
**Einführung in das Thema WOV für neue (und auch bisherige) Ratsmitglieder**
- **Ratsausflug: Dienstag, 21. August 2001** ab 13.00 h  
Halbtagesausflug in den Schwarzwald

An dieser Stelle schliesst der **Ratspräsident** die heutige Sitzung.

Der Ratssekretär:

René Gisler

**Nächste Ratssitzung: Dienstag, 3. Juli 2001**